

■ Nach dem politischen Scheitern des Verbands der Unabhängigen, in dem sich zahlreiche ehemalige österreichische Nationalsozialisten organisiert hatten, entstand 1956 als neues Sammelbecken dieses Milieus die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). An ihrer Spitze stand der langjährige NS-Aktivist und ehemalige Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium Anton Reinthaller. Margit Reiter analysiert, wie es dem einstigen nationalsozialistischen Multifunktionär nur elf Jahre nach dem Ende des NS-Regimes gelingen konnte, sich zum Gründungsvorsitzenden der FPÖ aufzuschwingen, der mit Bekenntnissen zu einer „Politik der Mitte“ und Absagen an „jeden Extremismus“ demokratische Zuverlässigkeit zu suggerieren versuchte. ■

Margit Reiter

Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs

Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik

I. Einleitung

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde am 7. April 1956 offiziell gegründet. Parteigründer und erster FPÖ-Obmann war Anton Reinthaller, ein ehemaliger hochrangiger Nationalsozialist, der nach 1945 als nationale Galionsfigur der „Ehemaligen“ in Österreich fungierte. Die FPÖ ging aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervor, der als Sammel- und Auffangbecken von ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten galt und seit 1949 im Parlament vertreten war. Wie noch aufzuzeigen sein wird, wurde die Gründung der FPÖ von zeitgenössischen Beobachtern als Machtübernahme „durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern“ bewertet und die neue Partei kurzerhand als „Reinthaller-Nazipartei“ bezeichnet.¹ Diese (unterschiedlich motivierten) Zuschreibungen richteten sich nicht etwa gegen eine kleine rechtsextreme Gruppierung der Nachkriegszeit, sondern gegen eine der zentralen Parteien im österreichischen Parlament der Zweiten Republik, die bis heute die österreichische Innenpolitik maßgeblich prägt. Die FPÖ scheint sich ihrer problematischen Vor- und Frühgeschichte bewusst zu sein, denn bei ihrem 60-jährigen Gründungsjubiläum im Jahr 2016 wurden die Anfänge der Partei lediglich

¹ Oberösterreichisches Landesarchiv (künftig: OÖLA), NL Reinthaller, Verband der Unabhängigen (künftig: VdU) / Freiheitliche Partei Österreichs (künftig: FPÖ) IV, Erklärung von Herbert Kraus, 12.4.1956. Vgl. auch Volksstimme vom 1.11.1955: „Wahlbündnis der SPOe mit der Reinthaller-Nazipartei. Ein Schlag ins Gesicht der sozialistischen Arbeiter“.

gestreift.² Nur die freiheitliche Landesgruppe in Oberösterreich, dem Herkunftsland von Reinthaller, ehrte in einem feierlichen Festakt den 1958 verstorbenen Parteigründer. Die Würdigung des ehemaligen NS-Ministers und SS-Brigadeführers blieb – abgesehen von einigen kritischen Stimmen³ – in der breiten Öffentlichkeit ohne Resonanz.

Seit Ende 2017 ist die FPÖ eine Regierungspartei und somit unter besonderer Beobachtung, was ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus betrifft. Anfang 2018 wurde publik, dass in deutschnationalen Burschenschaften (in denen auch führende FPÖ-Funktionäre vertreten sind) Liederbücher mit antisemitischen Inhalten kursierten. Als Konsequenz daraus musste ein FPÖ-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Niederösterreich zurücktreten, und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache kündigte die Einrichtung einer „Historikerkommission“ an, die die Geschichte der FPÖ aufarbeiten sollte. Diese „Historikerkommission“ stieß aufgrund ihrer mangelnden Transparenz (es ist weder ihre personelle Zusammensetzung noch der konkrete Forschungsauftrag bekannt) in der *Scientific Community* auf fachliche Kritik.⁴ Erste Ergebnisse der parteiinternen Aufarbeitung sind für Herbst 2018 angekündigt, und ein Endbericht soll Ende des Jahres 2018 vorliegen.

Es ist in Österreich allgemein bekannt, dass in der FPÖ (wie schon in ihrer Vorgängerpartei, dem VdU) viele ehemalige Nationalsozialisten⁵ politisch aktiv waren. Umso erstaunlicher ist es, wie gering bislang der Kenntnisstand über die konkreten Umstände der politischen Formierung von „Ehemaligen“ in der „freiheitlichen Partei“ in der Forschung und dementsprechend auch in der Öffentlichkeit ist. Die meisten Publikationen zur frühen Parteigeschichte des VdU und der FPÖ stammen aus dem FPÖ-nahen Umfeld und sind affirmativ und apologetisch angelegt.⁶ Sie sind ebenso kritisch zu hinterfragen wie die retrospektiven

² Dazu verschiedene Medienartikel: www.fpoee.at/artikel/60-jahre-fpoe-freiheitliche-feiern-jubilaeum/; www.derstandard.at/2000034301747/60-Jahre-FPOe-Strache-laesst-sich-feiern-wien.orf.at/news/stories/2766890/. Vgl. auch das parteioffizielle Video: www.youtube.com/watch?v=UVS51Qozfkg. Alle Links wurden zuletzt am 4.5.2018 abgerufen.

³ Vgl. www.rechtsdrall.com/2016/11/22/haimbuchner-ehrt-ss-brigadefuehrer/; www.heute.at/oesterreich/oberoesterreich/story/Wirbel-um-FP-Festakt-fuer-SS-Brigadefuehrer-19977923; www.heute.at/oesterreich/oberoesterreich/story/Will-FP-Festakt-fuer-Nazi-Fuehrer-vertuschen-30436970; www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/Mettmach-Aufregung-um-Ehrung-fuer-SS-Brigadefuehrer;art70,2411009. Alle Links wurden zuletzt am 4.5.2018 abgerufen.

⁴ Vgl. Transparenz statt Diskretion! Stellungnahme am Österreichischen Zeitgeschichtetag 2018 an der Universität Wien zur sogenannten FPÖ-Historikerkommission, Wien 5.4.2018; www.openpetition.eu/at/petition/online/transparenz-statt-diskretion-fpoe-historikerkommission [4.5.2018].

⁵ Bei den hier behandelten politischen Akteuren im Umfeld der FPÖ handelt es sich (fast) ausnahmslos um Männer, daher wird im Folgenden auf die geschlechterdifferenzierende Schreibweise verzichtet.

⁶ Vgl. Kurt Piring, *Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949–1955. Eine Dokumentation*, Wien 1999; ders., *Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik*, Wien 1982; Lothar Höbelt, *Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU*, Graz 1999, und Dieter Grillmayer, *National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich*, Wien 2006.

Selbstdarstellungen einiger damaliger Akteure.⁷ Die Kontinuitäten zum Nationalsozialismus werden in dieser Literatur entweder ausgeklammert oder stark verharmlost.⁸ Während zur späteren FPÖ unter Jörg Haider bis zur Gegenwart eine Vielzahl von kritischen Arbeiten vorliegt,⁹ gibt es bis heute keine quellenbasierte Studie zu den personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten in der frühen FPÖ. Auch zu ihrem ersten Parteiobmann Reinthaller liegt, abgesehen von kurzen Porträtskizzen aus FPÖ-Perspektive¹⁰ und zu einigen Teilaspekten,¹¹ noch keine umfassende Biografie vor. Der NS-Multifunktionär und Gründer einer der wichtigsten Parteien der Zweiten Republik Österreichs ist bis heute sowohl im wissenschaftlichen als auch öffentlichen Diskurs eine weitgehend unbekannt GröÙe.

Diese Forschungslücke soll mit dem vorliegenden Beitrag gefüllt werden.¹² Auf der Basis eigener Vorarbeiten über das „Ehemaligen“-Milieu und die politische Inklusion von ehemaligen Nationalsozialisten im VdU¹³ wird im Folgenden die

⁷ Vgl. Herbert Kraus, *Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987*, Wien/München 1988; Viktor Reimann, *Die Dritte Kraft in Österreich*, Wien 1980, und Fritz Stüber, *Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich*, Graz/Stuttgart 1974.

⁸ Vgl. Max E. Riedlsperger, *The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independent Party Movement since 1945*, New York 1978, und Kurt Richard Luther, *Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung. Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs*, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 138-167.

⁹ Vgl. Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, *Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus*, in: *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, bearb. von Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Wien 1993, S. 327-428; Christa Zöchling, *Haider. Licht und Schatten einer Karriere*, Wien 1999, und Hans-Henning Scharsach, *Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften*, Wien 2017.

¹⁰ Vgl. Lothar Höbel, Anton Reinthaller, in: Manfred Welan/Gerhard Poschacher (Hrsg.), *Von Figl bis Fischler. Bedeutende Absolventen der „BOKU“ Wien*, Graz/Stuttgart 2005, S. 165-169; Fritz Wolfram, Anton Reinthaller. Der erste Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: *Freie Argumente* 20 (1993), S. 66-68, und Kurt Piringer, Anton Reinthaller. Ein fester Charakter in stürmischer Zeit, in: *Freie Argumente* 22 (1995), S. 71 f.

¹¹ Vgl. Lothar Höbel, *Die „Aktion Reinthaller“. „Ständestaat“ und „nationale Opposition“*, in: *Oberösterreich 1918–1938*, hrsg. vom Oberösterreichischen Landesarchiv, Bd. 1, Linz 2014, S. 47-88; Heinz-Dietmar Schimanko, *Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht*, Wien 2017, und ders., *Zum Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht*, in: Gerald Brettner-Meßler u. a. (Hrsg.), *Von Ferdinand III. bis Jörg Haider. Festschrift für Lothar Höbel zum 50. Geburtstag*, Wien 2006, S. 357-379.

¹² Der Beitrag basiert auf dem Projekt des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung: *Antisemitismus nach der Shoah. Ideologische Kontinuitäten und politische Umorientierung im „Ehemaligen“-Milieu in Österreich 1945–1960 (P 27102–G16)*, unter der Projektleitung von Margit Reiter, gemeinsam mit Matthias Falter und Linda Erker. Vgl. dazu das *Zeitgeschichte-Schwerpunktheft* 44 (2017): *Die „Ehemaligen“. Politische Reorganisation und Reintegration von ehemaligen NationalsozialistInnen in Österreich nach 1945*.

¹³ Vgl. Margit Reiter, *Die „Ehemaligen“ nach 1945. Selbstpräsentationen, Antisemitismus und Antiamerikanismus*, in: Lucile Dreidemy u. a. (Hrsg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte*. Oliver

Vor- und Frühgeschichte der FPÖ geschildert, wobei der Fokus vor allem auf Anton Reinthaller und dessen Rolle bei der politischen Formierung der „Ehemaligen“ liegt. Einleitend werden zur Kontextualisierung die politischen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der von der Entnazifizierung betroffenen Nationalsozialisten nach 1945 in Österreich skizziert. Nach einem kurzen Überblick über die Entstehung des VdU, der als Vorgeschichte der FPÖ zu lesen ist, widmet sich der Beitrag dem Politiker Reinthaller, der in drei politischen Systemen aktiv war. Wer war Anton Reinthaller und welche NS-Karriere hat er vor und nach 1938 durchlaufen? Wie gestaltete sich sein politisches Leben nach 1945 und welchen Stellenwert nahm er im „Ehemaligen“-Milieu ein? Trotz der schwierigen Quellenlage¹⁴ kann unter anderem auf der Basis des bisher noch unbearbeiteten Nachlasses von Reinthaller¹⁵ die politische Karriere des FPÖ-Gründers von illegalen Nationalsozialisten im Austrofaschismus über seine Ernennung zum NS-Minister 1938 und seine zahlreichen Funktionen in der NS-Zeit bis hin zu seinem politischen Werdegang nach 1945 nachgezeichnet werden. Die im Nachlass enthaltenen Korrespondenzen, persönlichen Aufzeichnungen und Gerichtsakten ermöglichen nicht nur einen guten Einblick in den Binnendiskurs der „Ehemaligen“ und die Netzwerke Reinthallers nach 1945, sondern lassen auch Rückschlüsse auf seine Haltung zum Nationalsozialismus, seine Gesinnung und seine nachträglichen Selbstpräsentationen zu. In einem abschließenden Kapitel geht es um den Einigungsprozess des nationalen Lagers bis hin zur Gründung der FPÖ 1955/56; dabei wird vor allem Reinthallers zentrale Rolle beleuchtet. Der Beitrag verknüpft politische Organisationsgeschichte mit einem biografischen Ansatz. Ziel des Beitrags ist es, sowohl die Anfänge der FPÖ mit dem Fokus auf ideologische und personelle NS-Kontinuitäten in ihren Grundzügen aufzuzeigen als auch Anton Reinthaller als politischen Akteur vorzustellen und an seinem Beispiel einen bisher in der Forschung noch wenig beachteten, „spezifisch österreichischen“ Tätertypus vorzustellen.

II. Die politische Reorganisation von „Ehemaligen“ nach 1945

Das Jahr 1945 stand in Österreich unter dem Zeichen des demokratischen Neuanfangs. Die Abgrenzung vom Nationalsozialismus und das Bekenntnis zu einem

Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Bd. 1, Köln/Wien/Weimar 2015, S. 575-589, und Margit Reiter, Inklusion und Exklusion. Zur politischen Formierung ehemaliger Nationalsozialisten im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der frühen FPÖ, in: *Zeitgeschichte* 44 (2017), S. 143-159.

¹⁴ Der Zugang zu den Parteiarchiven der FPÖ wurde mir trotz mehrmaliger Ansuchen leider nicht gewährt.

¹⁵ Der Nachlass Reinthaller im OÖLA war zum Zeitpunkt meiner Recherchen 2015/16 nur grob vorgeordnet und wurde bisher noch nicht wissenschaftlich ausgewertet. Für die Möglichkeit zur uneingeschränkten Einsicht in diesen wichtigen Bestand möchte ich mich bei den zuständigen Mitarbeitern des OÖLA herzlich bedanken. Einige Dokumente aus dem Nachlass wurden auszugsweise in eine Edition zum VdU aufgenommen; vgl. Lothar Höbelt (Hrsg.), *Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955*, Köln/Wien/Weimar 2015.

selbständigen Österreich und einer demokratischen Staatsordnung gehörten zu den Grundpfeilern der Zweiten Republik. Die ehemals verfeindeten politischen Gegner, Sozialdemokraten und Christlichsoziale beschlossen über alle politischen Gräben hinweg, den demokratischen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen.¹⁶ Nach den ersten freien Wahlen im November 1945 (Österreichische Volkspartei/ÖVP 85 Mandate, Sozialistische Partei Österreichs/SPÖ 75 Mandate, Kommunistische Partei Österreichs/KPÖ vier Mandate) kam es zur Bildung einer Koalition zwischen den beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, die die Politik der folgenden Jahrzehnte maßgeblich prägte.

Sofort nach Kriegsende wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Entnazifizierung geschaffen: zum einen das Verbotsgesetz,¹⁷ das die sofortige Auflösung der NSDAP, die Aufhebung aller NS-Gesetze, das Verbot künftiger NS-Aktivitäten sowie die Entfernung der politischen NS-Eliten aus wichtigen Positionen in Staat und Wirtschaft vorsah, zum anderen das Kriegsverbrechergesetz (KVG)¹⁸ als Basis zur strafrechtlichen Ahndung von NS-Verbrechen. Das Verbotsgesetz sah die Registrierung aller eingeschriebenen NSDAP-Mitglieder sowie gestaffelte Straf- und Sühnemaßnahmen vor, die von den eigens dafür geschaffenen „Volksgerichten“ festgelegt wurden. Ein Spezifikum der Entnazifizierung in Österreich war, dass sie bereits sehr früh im Verantwortungsbereich der österreichischen Regierung lag. Als Hauptkriterium galt dabei zunächst das Datum des NSDAP-Beitritts.¹⁹ Demnach sollten die „Illegalen“, das heißt jene circa 100.000 österreichischen Nationalsozialisten, die der NSDAP bereits vor 1938 beigetreten und nach ihrem Verbot 1933 weiterhin politisch aktiv gewesen waren, besonders hart bestraft werden. Im Entnazifizierungsgesetz von 1947 wurde das Kriterium des Beitrittsdatums durch die neuen Kategorien „belastet“ und „minderbelastet“ abgelöst, wobei sich der Kreis der „Belasteten“ durch mehrere Amnestien bereits ab 1948 drastisch verkleinerte. Die Strafen der meisten Betroffenen liefen zu Beginn der 1950er Jahre aus, oder sie profitierten von Begnadigungen. 1957 wurde der endgültige Schlussstrich unter die Entnazifizierung gezogen.

Das Kriegsende von 1945 bedeutete für überzeugte Nationalsozialisten einen realen und ideellen Zusammenbruch, auf den sie unterschiedlich reagierten. Vor allem hochrangige NS-Funktionäre sowie Mitglieder der SS, SA oder Gestapo mussten davon ausgehen, dass sie bereits auf Fahndungslisten der Alliierten stan-

¹⁶ Vgl. Anton Pelinka, Österreich – Fremdbestimmung und Selbsterstörung. Die lange Suche nach der – nach einer – Identität, in: VfZ 66 (2018), S. 309-316.

¹⁷ Vgl. Verfassungsgesetz vom 8.5.1945 über das Verbot der NSDAP, in: Staatsgesetzblatt (künftig: StGBL.) Nr. 13/1945; www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_13_0/1945_13_0.pdf [21.6.2018].

¹⁸ Vgl. Verfassungsgesetz vom 26.6.1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), in: StGBL. Nr. 32/1945; www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_32_0/1945_32_0.pdf [21.6.2018].

¹⁹ Zur Entnazifizierung allgemein vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien/München/Zürich 1981; Sebastian Meissl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hrsg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich, 1945–1955, Wien 1986, und Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hrsg.), Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004.

den und nicht ungeschoren davonkommen würden. Besonders fanatische Nationalsozialisten entzogen sich ihrer Verantwortung durch Selbstmord, wobei sie auch manchmal ihre Familie mit in den Tod rissen. Viele NS-Täter wie etwa Adolf Eichmann, Franz Stangl und Alois Brunner entzogen sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Flucht ins Ausland und Identitätswechsel.²⁰ So floh beispielsweise der steirische Gauleiter Sigfried Uiberreither, der noch kurz vor Kriegsende Durchhaltereden geschwungen hatte, nach Deutschland und lebte dort bis zu seinem Tod 1984 unbehelligt unter falschem Namen.²¹ Viele ostösterreichische NS-Funktionäre setzten sich gegen Kriegsende aus Angst vor der sowjetischen Armee in die amerikanische Besatzungszone im Westen Österreichs ab (vor allem nach Salzburg und Oberösterreich), wo es wenige Jahre nach Kriegsende auch zur politischen Reorganisation der „Ehemaligen“ kommen sollte. Ein Teil der ehemaligen NS-Funktionsträger wurde von den Alliierten mittels *automatic arrest* in zwei großen Internierungslagern, dem amerikanischen Lager Marcus W. Orr in Salzburg (bekannt als Lager „Glasenbach“) und dem britischen Lager in Wolfsberg (Kärnten) interniert.²²

Diese spezifischen Nachkriegserfahrungen hatten eine starke identitätsstiftende Funktion für viele ehemalige Nationalsozialisten, die nach 1945 eine unverbrüchliche Gesinnungs- und Erinnerungsgemeinschaft bildeten und in Österreich gemeinhin als die „Ehemaligen“ bezeichnet wurden und werden.²³ Damit sind all jene gemeint, die die nationalsozialistische Ideologie geteilt, das NS-System aktiv unterstützt und mitgetragen haben und die vor allem auch nach 1945 ihren Überzeugungen im Großen und Ganzen treu geblieben sind.²⁴ Genau genommen stellt diese Bezeichnung einen Widerspruch in sich dar, denn es handelte sich nicht um ehemalige, sondern um immer noch überzeugte Nationalsozialisten. Diese „Ehemaligen“ bewegten sich nach dem Kriegsende oft in einem gemeinsamen, männlich dominierten, sozialen und politischen Milieu, das ein Gegengedächtnis zum offiziellen österreichpatriotischen Geschichtsverständnis

²⁰ Vgl. Gerald Steinacher, Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen, Frankfurt a. M. 2014.

²¹ Vgl. Martin F. Polaschek, Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955, Graz 1998, S. 78 f.

²² Vgl. Wilhelm Svoboda, „...vorbehaltlos meine Pflicht erfüllt“. Das Internierungslager Glasenbach (Camp „Marcus W. Orr“), in: Zeitgeschichte 22 (1995), S. 3-29; Oskar Dohle/Peter Eigelsberger, Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945, Linz/Salzburg 2009, und Gabriela Stieber, Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945–1955, Klagenfurt 2005.

²³ Vgl. Reiter, Ehemalige, in: Dreidemy u. a. (Hrsg.), Oliver Rathkolb, Bd. 1.

²⁴ Der Kern der „Ehemaligen“ speiste sich aus dem heterogenen Reservoir österreichischer NS-Unterstützer und Mittäter; vgl. dazu Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils, Wien/Köln/Weimar 1998, und Gerhard Jagschitz, Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945, in: Emmerich Tálos u. a. (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 88-122.

herausbildete.²⁵ Die über Jahrzehnte wirksame „Opferthese“, der zur Folge Österreich das „erste Opfer Hitlers“ war und die den Nationalsozialismus externalisierte, lehnten die „Ehemaligen“ strikt ab, da sie mit ihren Erfahrungen und Überzeugungen vor und nach dem „Anschluss“ 1938 nicht übereinstimmte. Sie sahen sich keineswegs als „Opfer“ des Nationalsozialismus, sondern ihre Selbstviktimsierungen bezogen sich vielmehr auf die Zeit nach dem „Zusammenbruch“. Sie beklagten den Verlust ihrer politischen Ideale und Machtpositionen, ihre soziale Deklassierung und stilisierten sich als „Opfer“ der Entnazifizierung, womit auch sie sich letztendlich in das allumfassende österreichische „Opferkollektiv“ einlinkten. Dieses „Ehemaligen“-Milieu bildete die personelle und ideologische Basis für die spätere FPÖ, die als politische Repräsentantin dieser nationalen Kernklientel fungierte.

Unmittelbar nach Kriegsende war an eine politische Reorganisation allerdings nicht zu denken, und ein Teil der früheren überzeugten Nationalsozialisten zog sich (vorerst) enttäuscht in die politische Enthaltensamkeit zurück. Andere wiederum arrangierten sich relativ schnell mit den neuen Gegebenheiten und fanden in den Großparteien ÖVP und SPÖ ihre neue politische Heimat, die sie bereitwillig in ihren Reihen aufnahmen.²⁶ Viele „Ehemalige“ grenzten sich von diesen anpassungsbereiten „Opportunisten“ jedoch strikt ab und wollten sich selbst politisch organisieren. Erste Ansätze zur Reorganisation in rechten Kleinparteien, wie zum Beispiel der 1947 gegründeten Verfassungstreuen Vereinigung, blieben erfolglos.²⁷ Ende der 1940er Jahre wurden neuerlich Pläne für eine österreichweite „vierte Partei“ (jenseits der zwei alles dominierenden Großparteien ÖVP und SPÖ und der politisch wenig relevanten KPÖ) geschmiedet. Als Befürworter einer neuen Partei exponierten sich einflussreiche Vertreter von Wirtschaft und Presse in Salzburg, allen voran der Journalist Herbert Kraus, der in seiner Zeitschrift *Berichte und Informationen* schon früh die Chancen einer „vierten Partei“ auslotete und ihre Notwendigkeit nun propagierte.²⁸ Im Frühjahr 1949, ein halbes

²⁵ Vgl. Margit Reiter, *Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, S. 53-57.

²⁶ Zur SPÖ vgl. Maria Mesner (Hrsg.), *Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ*, Wien/München 2005, und Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*, Wien 2005. Zur ÖVP vgl. Michael Wladika, *Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären mit NS-Vergangenheit in der österreichischen Volkspartei 1945–1980*, Wien 2018; www.kvvi.at/images/projekt2018.pdf [21.6.2018]; Matthias Falter, *Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die „Ehemaligen“ und die Österreichische Volkspartei*, in: *Zeitgeschichte* 44 (2017), S. 160-174, und Hendrik Schäfer, *ÖVP, CDU/CSU und der Rechtsextremismus der Nachkriegszeit (1945–57). Ein Vergleich der Entwicklung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland*, München 2005.

²⁷ Vgl. Peter Autengruber, *Kleinparteien in Österreich 1945 bis 1966*, Innsbruck 1997, und Reiter, *Inklusion*, S. 143 f.

²⁸ Exemplarisch dafür vgl. *Berichte und Informationen* (BuI) vom 31.5.1946: „Das Problem einer neuen Partei“; vom 22.8.1947: „Die Mißstände in unserem Parteiwesen“, und vom 26.11.1948: „Die möglichen Wege einer vierten Partei“.

Jahr vor den anstehenden Nationalratswahlen, gründeten Kraus und sein politischer Mitstreiter Viktor Reimann den Wahlverband der Unabhängigen (WdU beziehungsweise VdU).²⁹ Die neue Partei verstand sich zum einen als Gegengewicht zur großen Koalition von ÖVP und SPÖ und den ihr zugeschriebenen Missständen (Proporz, Bürokratie, Korruption) zum anderen als Fürsprecher für die von der Entnazifizierung betroffenen Nationalsozialisten, für die sie sich vehement einsetzte.³⁰ In seiner Autobiografie begründete Kraus sein politisches Engagement damit, dass er von „diesen enttäuschten, orientierungslosen Menschen“ bestürzt und nach „neuen politischen Zielen, nach gesunden Idealen und Grundsätzen“ gefragt worden sei. Deshalb sei er zu dem Schluss gekommen, dass man die „falschen Thesen des überwundenen Regimes ausmerzen“ müsse, ohne aber den „fehlgeleiteten Idealismus und Opferwillen [...] und Kameradschaftsgeist mit[zu]verurteilen“ und ohne den „Faden der eingewurzelten nationalen Traditionen Österreichs einfach ab[zu]schneiden“.³¹ Der VdU wollte einen „dicken Strich unter die Vergangenheit“ ziehen und die pauschal als „Entrechtete“ und „Bürger zweiter Klasse“ viktimisierten Nationalsozialisten in den demokratischen Prozess eingliedern.³² Dass diese sich von den Versprechungen durchaus angesprochen fühlten, zeigte sich bei den Wahlen im Oktober 1949, bei denen die mittlerweile entnazifizierten und von allen Parteien heftig umworbenen Nationalsozialisten erstmals wieder wählen durften: Der VdU erhielt auf Anhieb 11,7 Prozent und zog mit 16 Abgeordneten in das österreichische Parlament ein.³³

Die personelle und ideologische Zusammensetzung der neuen Partei war heterogen. Neben den VdU-Gründern Kraus und Reimann, die als „Liberale“ und NS-Gegner galten³⁴ und einigen wirtschaftsliberalen und konservativ-monarchistischen Personen waren im VdU auch viele „Nationale“ unterschiedlicher Herkunft und Ausprägung vertreten: alte deutschnationale Politiker des Landbunds und der Großdeutschen Volkspartei, viele mittlerweile als „minderbelas-

²⁹ Die offizielle Benennung als Wahlverband war eine rechtliche Konstruktion, mit der man den Status einer von den Alliierten zu genehmigenden Partei umgehen wollte. Zur Gründung des VdU vgl. Höbelt, Vierte Partei; ders. (Hrsg.), Aufstieg und Fall, und Riedlsperger, Linger Shadow, S. 39-74.

³⁰ Vgl. BuI vom 20.12.1946: „Versöhnung“; vom 21.2.1947: „Das Nationalsozialistengesetz. Will man durch ein hochgefährliches Gesetz den Staatsvertrag erkaufen?“, Salzburger Nachrichten vom 4.6.1947: „Überzeugung“ (Viktor Reimann), und Die Neue Front vom 8.4.1949: „Die versäumte Revolution“ (Viktor Reimann). Noch 1980 bezeichnete Viktor Reimann (Dritte Kraft, S. 10) das Entnazifizierungsgesetz von 1947 als das „grausamste Gesetz nach den Nürnberger Rassegesetzen“.

³¹ Kraus, Objektivität, S. 189.

³² Die Neue Front vom 25.2.1949: „Die Ziele unseres Verbandes“.

³³ Der Kampf für eine Rehabilitierung der „Ehemaligen“ zählte in den Folgejahren zur Hauptagenda des VdU im Parlament; vgl. Siegfried Göllner, Die politischen Diskurse zur „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfer narrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten, Hamburg 2009, und Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993.

³⁴ Kritisch zu diesen (Selbst-)Zuschreibungen vgl. Reiter, Inklusion, S. 146 f., und die unveröffentlichte Diplomarbeit von Brigitte Behal, Dr. Viktor Reimann 1915–1996. Historiker, Politiker, Publizist, Wien 2005.

tet“ eingestufte ehemalige NS-Funktionäre sowie politisch heimatlos gewordene „Heimkehrer“ und „Volksdeutsche“. Alle rhetorischen Abgrenzungen vom Nationalsozialismus konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass im VdU viele Nationalsozialisten, die sowohl von ihrer Funktion als auch von ihrer Gesinnung her als „belastet“ einzustufen sind, vertreten waren.³⁵

Schon bald nach dem Einzug ins Parlament brachen die immanenten Konflikte im VdU auf und führten zur Erosion des ohnehin sehr fragilen innerparteilichen Machtgefüges. Mehrere Skandale wegen „neonazistischer Umtriebe“ einzelner Funktionäre brachten den VdU bis an den Rand des Verbots.³⁶ Nach schmerzhaften Wahlverlusten 1953 nahm die Kritik nationaler Kreise an der als zu angepasst geltenden VdU-Führung zu.³⁷ Die unzufriedenen und zunehmend selbstbewusst auftretenden „Nationalen“ inner- und außerhalb des VdU sammelten sich um den ehemaligen NS-Minister Anton Reinthaller, der nach seiner Begnadigung 1953 zur nationalen Galionsfigur im „Ehemaligen“-Milieu avancierte.

III. Die NS-Karriere von Anton Reinthaller vor und nach dem „Anschluss“ 1938

Anton Reinthaller wurde am 14. April 1895 als Sohn eines Landwirt- und Kleinbrauereibesitzers in Mettmach in Oberösterreich geboren. Er nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil, wo er 1916 in russische Kriegsgefangenschaft geriet, in der er bis 1918 verblieb. Nach Ende des Kriegs nahm er ein Studium der Forstwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur in Wien auf, das er 1922 als Ingenieur der Forsttechnik abschloss.³⁸ In dieser Zeit wurde er auch Mitglied der Akademischen Landsmannschaft der Salzburger.³⁹ Anschließend war Reinthaller unter anderem als Vertragsbeamter der oberösterreichischen Landesregierung in der Wildbach- und Lawinenverbauung tätig und zudem Besitzer zweier Bauernhöfe in Oberösterreich.

Politisch war Reinthaller bereits früh im deutschnationalen beziehungsweise nationalsozialistischen Milieu der Zwischenkriegszeit verankert. Sein NSDAP-Beitritt erfolgte am 23. April 1928, was ihm die niedrige Mitgliedsnummer 83.421

³⁵ Vgl. Reiter, *Inklusion*, S. 147-149. Schätzungen gehen von einem Anteil von 60 Prozent ehemaligen Nationalsozialisten im VdU aus; vgl. Riedlsperger, *Lingering Shadow*, S. 45.

³⁶ Exemplarisch dafür steht der „Fall Gottlob“. Der von der NS-Propaganda gefeierte Jagdflyer wurde 1950 wegen seiner Teilnahme an völkischen Veranstaltungen vorübergehend ausgeschlossen wurde; dazu das Konvolut „Der Fall Gordon Gollob“ in: Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), NL Karl Hartleb, Karton 1, Mappe Persönliches, und Karton 16, Mappe VdU, 1946–1951.

³⁷ Ausführlicher dazu vgl. Piring, *VdU*, S. 81-106, und Höbelt, *Vierte Partei*, S. 139-178.

³⁸ Die Hochschule für Bodenkultur war in der Zwischenkriegszeit eine Hochburg der deutschnationalen Studenten- und Professorenschaft, die einen ungezügelten verbalen Antisemitismus, aggressiven Antimarxismus und eine Verherrlichung des Ersten Weltkriegs propagierten; vgl. dazu Paulus Ebner, *Politik und Hochschule. Die Hochschule für Bodenkultur 1914–1955*, Wien 2002.

³⁹ Vgl. Höbelt, *Reinthaller*, in: Welan/Poschacher (Hrsg.), *Figl bis Fischler*, S. 165.

einbrachte.⁴⁰ 1924 hatte er Therese Ritzberger-Oehn, Tochter eines großdeutschen Politikers und Großbauern am Attersee, geheiratet, die ebenfalls eine frühe Nationalsozialistin (Nr. 86.299) war. Reinthaller leitete die von ihm gegründete NSDAP-Ortsgruppe Attersee, übernahm die Gauleitung für Oberösterreich und war zudem Mitglied in der NSDAP-Landesleitung Österreich sowie als Kreispropagandaleiter, Gauredner und Führer der illegalen NS-Bauernschaft in Österreich tätig.⁴¹ Reinthaller wird allgemein als „gemäßigter“ Nationalsozialist eingestuft, was auf seine Positionierung in der Zeit vor 1938 zurückzuführen ist. Er gehörte jenem Flügel in der illegalen NSDAP an, der einen „evolutionären“ Kurs befürwortete und auf legalem Wege an die Macht kommen wollte. Demnach sollte das Dollfuß/Schuschnigg-Regime nicht durch Terror und einen Staatsstreich gestürzt, sondern der Staatsapparat von „betont Nationalen“ unterwandert und das Regime von innen heraus unterminiert werden. Reinthaller geriet deshalb in Konflikt mit dem weitaus radikaleren NSDAP-Führer Theo Habicht, der für eine gewaltsame Machtübernahme in Österreich eintrat.⁴² Diese innerparteilichen Konflikte und Konkurrenzen sollten jedoch nicht überbewertet werden, denn die zwei Parteiflügel verfolgten zwar unterschiedliche Strategien und Methoden, doch das Ziel war letztendlich das gleiche: die nationalsozialistische Machtergreifung und der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland.

Die austrofaschistische Regierung verfolgte gegenüber den Nationalsozialisten eine ambivalente Strategie zwischen „Befriedung und Konfrontation“.⁴³ Auf deren zunehmende Radikalisierung und unzählige Terroraktionen reagierte sie einerseits mit Repressionen, die von Einschränkungen in der Organisations- und Bewegungsfreiheit über Verhaftungen und Landesverweisen von bekannten Nationalsozialisten (wie beispielsweise Habicht, der nach Bayern abgeschoben wurde) bis hin zum Parteiverbot am 19. Juni 1933 reichten.⁴⁴ Andererseits versuchte sie, mit „gemäßigten“ Nationalsozialisten ins Gespräch zu kommen, mit dem Ziel, den zunehmenden NS-Terror einzudämmen und die illegale NSDAP nach dem Prinzip *divide et impera* zu spalten.

Nach dem Verbot der NSDAP bot sich Reinthaller als einer der wenigen nicht nach Deutschland geflohenen (oder ausgewiesenen) führenden Nationalsozia-

⁴⁰ Über einige Details seiner Aktivitäten und Mitgliedschaften kursieren abweichende Angaben. Fallweise wird sein NSDAP-Beitritt mit 1923 oder 1930 angegeben und auch eine Mitgliedschaft im Landbund und in der SA erwähnt; vgl. Reinthaller Dipl.-Ing. Anton, in: Harry Slapnicka, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht. 1918 bis 1938, Linz 1976, S. 217-219, hier S. 218; vgl. auch Angaben zu Reinthaller in der Biografischen Datenbank des Oberösterreichischen Landesarchivs; hierzu die allgemeine Suchmaske: www.landesarchiv-ooe.at/was_bgd_DEU_HTML.htm [16.7.2018].

⁴¹ Wiener Stadt- und Landesarchiv, AI-Gauakten, Personalakten des Gaus Wien, Anton Reinthaller, und Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Inneres, Gauakt Anton Reinthaller (77.246).

⁴² Zu den Machtkämpfen in der (illegalen) NSDAP vor 1938 vgl. Bruce Pauley, *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich*, Wien 1988.

⁴³ Vgl. Emmerich Tálos, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938*, Wien 2013, S. 52-57.

⁴⁴ Vgl. Pauley, *Weg in den Nationalsozialismus*, S. 105-122.

listen als idealer Vermittler an. Er bewegte sich in einem Kreis von nationalen Honoratioren, die zu einer Verständigung mit dem austrofaschistischen Regime bereit waren, nicht zuletzt, weil es ideologische Übereinstimmungen gab und dies zugleich Zugänge für ihre Strategie der systematischen Unterhöhnung des Regimes eröffnete. Zugleich hofften sie, damit ihre Position innerhalb des nationalen Lagers zu stärken und im Falle ihres Gelingens die Führung in der österreichischen NSDAP zu übernehmen.⁴⁵ Als Bauernfunktionär hatte Reinthaller immer gute Kontakte zur Christlichsozialen Partei gepflegt und war federführend an mehreren sogenannten Befriedungsaktionen zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und dem austrofaschistischen Regime beteiligt gewesen.⁴⁶ Bereits im November 1933 hatte Reinthaller erstmals Kontakt mit dem damaligen Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg, doch dieser Versuchsballon war nach einer großangelegten Verhaftungsaktion der Regierung geplatzt.⁴⁷ Viele illegale Nationalsozialisten wurden damals zur Abschreckung in Anhaltelagern interniert, darunter auch Reinthaller, der vom 17. Januar bis 21. April 1934 im Lager Kaisersteinbruch einsaß. Reinthallers parteiintern nicht unumstrittene Aktivitäten führten dazu, dass ihn sein Konkurrent Habicht (der mittlerweile von München aus die Fäden zog) aus der Partei ausschloss. Die Begründung lautete, dass er „hinter dem Rücken der Landesleitung und in offener Ablehnung gegen deren Politik“ Verhandlungen mit der Dollfuß-Regierung geführt und innerhalb der österreichischen NSDAP eine „separatistische Bewegung“ organisiert habe.⁴⁸

Davon unbeeindruckt setzte Reinthaller nach seiner Freilassung seine Verhandlungen mit der Regierung fort und startete im Sommer 1934 die nach ihm benannte „Aktion Reinthaller“. An den Gesprächen waren neben ihm die ehemaligen großdeutschen Politiker Franz Langoth und Hermann Foppa sowie Franz Hueber, der Schwager von Hermann Göring und spätere Justizminister im Kabinett Seyß-Inquart, beteiligt. Auch Ernst Kaltenbrunner, den Reinthaller im Anhaltelager Kaisersteinbruch kennengelernt hatte und der 1934 als sein „Sekretär“ fungierte, vertrat den evolutionären Kurs und war in die Verhandlungen involviert.⁴⁹ Auf der Regierungsseite standen ihnen Kanzler Engelbert Dollfuß, Schuschnigg und Handelsminister Friedrich Stockinger gegenüber. Als zentrale

⁴⁵ Vgl. Thomas Dostal, Das „braune Netzwerk“ in Linz, in: Fritz Mayrhofer/Walter Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus in Linz, Bd. 1, Linz 2001, S. 21-136, hier S. 79 f.

⁴⁶ Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938; Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 79-83, und Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 146-148.

⁴⁷ Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 50 f.

⁴⁸ OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, Schreiben von Theo Habicht an Flüchtlingshilfswerk der NSDAP, Mitgliedschaftsamt, 25.3.1937. Reinthaller hat nach 1945 bei seinem Prozess diesen Parteiausschluss zu seinen Gunsten angeführt und teilweise sogar von bis zu fünf Parteiausschlüssen gesprochen, die sich allerdings quellenmäßig nicht belegen lassen; vgl. Hellmut Butterweck, Nationalsozialisten vor dem Volkgericht Wien. Österreichs Ringen um Gerechtigkeit 1945–1955 in der zeitgenössischen Wahrnehmung, Innsbruck 2016, S. 667.

⁴⁹ Vgl. Peter Black, Ernst Kaltenbrunner. Vasall Himmlers – Eine SS-Karriere, Paderborn 1991, S. 89-93.

Vermittler fungierten der oberösterreichische Landeshauptmann Heinrich Gleißner und der oberösterreichische Heimwehrführer und Sicherheitsdirektor Peter Revertera-Salandra, die Reinthaller beide persönlich kannte.

Am Juliputsch, dem nationalsozialistischen Umsturzversuch am 25. Juli 1934,⁵⁰ war Reinthaller nicht beteiligt, sondern seiner Darstellung nach davon vollkommen überrascht worden: Er war gerade in einer Vermittlungsaktion im Zug nach Deutschland unterwegs, als er vom Putschversuch und der Ermordung von Dollfuß erfuhr. Er habe daraufhin sofort seine Mission abgebrochen, doch Schuschnigg habe ihn veranlasst, weiter „im Sinne einer inneren Befriedung“ tätig zu werden.⁵¹ Der gescheiterte Juliputsch bedeutete das endgültige Umschwenken von Hitlers Österreich-Politik auf einen evolutionären Kurs, der vom neu eingesetzten deutschen Gesandten in Österreich Franz von Papen unterstützt wurde.⁵² Mit dieser Rückendeckung aus Deutschland wurden in der ersten Augushälfte 1934 die unterbrochenen Gespräche Reinthallers mit dem Dollfuß-Nachfolger Schuschnigg fortgesetzt.

Die „Aktion Reinthaller“ sah die Überführung des gesamten nationalen Lagers in die als Einheitspartei konzipierte Vaterländische Front (VF) vor. Zu diesem Zweck entwickelte Reinthaller einen Stufenplan, der unter anderem die Einstellung der Verfolgung von Nationalsozialisten, die sofortige Freilassung aller Inhaftierten, die Integration von „Nationalen“ auf allen Ebenen sowie deren geschlossenen Eintritt in die VF und den Aufbau eines eigenen Wehrverbands vorsah.⁵³ Als Gegenleistung stellte man die Beendigung des nationalsozialistischen Terrors und einen Ausgleich mit Deutschland, vor allem die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre,⁵⁴ in Aussicht. Voraussetzung für die angestrebte Eingliederung in die VF war ein grundsätzliches Bekenntnis zum Staat Österreich, wozu zumindest Reinthaller und seine Vertrauensleute bereit waren.⁵⁵ Für Kanzler Schuschnigg waren die überzogenen Forderungen der Nationalsozialisten nicht annehmbar,

⁵⁰ Vgl. Kurt Bauer, *Hitlers zweiter Putsch. Dollfuß, die Nazis und der 25. Juli 1934*, St. Pölten/Salzburg/Wien 2014, und Hans Schafranek, *Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannteste Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934*, Wien 2006.

⁵¹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), ZS 1348, Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 4 f.

⁵² Vgl. Dostal, *Braunes Netzwerk*, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), *Nationalsozialismus*, Bd. 1, S. 73.

⁵³ Unüberbrückbare Differenzen ergaben sich in der Frage über das genaue Procedere: Während Reinthaller einen korporierten Beitritt der Nationalsozialisten in die Vaterländische Front vorsah, beharrte die Regierung auf Einzelbeitritten, was von der NSDAP-Landesleitung Österreich abgelehnt wurde; vgl. Dostal, *Braunes Netzwerk*, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), *Nationalsozialismus*, Bd. 1, S. 80 f., und Höbelt, *Aktion Reinthaller*, in: *Oberösterreich 1918–1938*, S. 56 f.

⁵⁴ Darunter ist eine Wirtschaftssanktion zu verstehen, die das Deutsche Reich im Mai 1933 gegen Österreich verhängte, um die stark vom Tourismus abhängige österreichische Wirtschaft zu schwächen. Seit dem 1. Juli 1933 mussten deutsche Staatsbürger eine Gebühr von 1.000 Reichsmark entrichten, wenn sie die Grenze zu Österreich überschritten.

⁵⁵ Vgl. Höbelt, *Aktion Reinthaller*, in: *Oberösterreich 1918–1938*, S. 58.

da sie einer Kapitulation gleichgekommen wären. Daher unterband er im Oktober 1934 per Erlass alle entsprechenden Verhandlungen.⁵⁶

Obwohl die „Aktion Reinthaller“ damit gescheitert war, unternahm ihr Urheber schon bald neue Initiativen zur „Befriedung“, wobei sich der Schwerpunkt nun auf die Länderebene verlagerte.⁵⁷ Da die Regierung ebenfalls nicht an einem endgültigen Bruch interessiert war, kam es 1935 auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Beteiligten zu weiteren Gesprächen. Die grundsätzliche Verständigungsbereitschaft wurde Anfang März 1936 durch eine neuerliche Verhaftungswelle zunichtegemacht, die auch Reinthaller und Langoth erfasste, welche mangels Beweisen jedoch gleich wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Am Juliabkommen der österreichischen Regierung mit Hitler vom 11. Juli 1936⁵⁸ war Reinthaller nicht beteiligt, aber er begrüßte dieses, weil dessen Eckpfeiler – die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre und die Freilassung der politischen Häftlinge – seinen Forderungen von 1934 entsprachen.⁵⁹ Mittlerweile waren neue Akteure in den Vordergrund gerückt, wie zum Beispiel Arthur Seyß-Inquart,⁶⁰ ein Vertrauensmann von Schuschnigg, der Reinthaller im Juli 1937 offiziell zur Mitarbeit heranzog und ihn mit der Aufgabe der Einbindung der „nationalen Bauernschaft in die berufsständische Organisation“ betraute.⁶¹

Auch wenn Reinthallers Verständigungsversuche letztendlich nicht erfolgreich waren, so erwiesen sie sich für ihn auf lange Sicht gesehen als vorteilhaft. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die Reinthaller nach 1945 oft übertrieb, um sich in ein besseres Licht zu stellen, haben ihm nicht geschadet. Im Gegenteil, er stand 1938 auf der „richtigen“ Seite und wurde mit einem Ministeramt und einer stattlichen NS-Karriere belohnt. Zudem hatte er bei seinen Aktivitäten zahlreiche Kontakte geknüpft, die sich später für ihn sehr vorteilhaft auswirkten: Seyß-Inquart und Richard Walther Darré, die er beide persönlich gut kannte, waren ihm bei seiner NS-Karriere behilflich, und seine früheren Verhandlungspartner auf der Regierungsseite (allen voran Gleißner und Revertera-Salandra) traten nach 1945 als Entlastungszeugen für ihn auf.

Der „Anschluss“ Österreichs 1938 brachte einen ersten großen Karriereschritt für den verdienten Nationalsozialisten Anton Reinthaller. Er wurde am 9. März 1938 nach Wien beordert und am 11. März 1938 vom neu eingesetzten Bundeskanzler Seyß-Inquart zum Landwirtschaftsminister im sogenannten Anschlusskabinett ernannt.⁶² Entgegen seiner späteren Darstellung, wonach er nur zwei Tage

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 61.

⁵⁷ Vgl. Dostal, Braunes Netzwerk, in: Mayrhofer/Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 83-90.

⁵⁸ Vgl. Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 161-165.

⁵⁹ Vgl. Höbelt, Aktion Reinthaller, in: Oberösterreich 1918–1938, S. 78.

⁶⁰ Zur Rolle von Arthur Seyß-Inquart bei den diversen „Befriedungsaktionen“ vgl. Johannes Koll, Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940–1945), Wien/Köln/Weimar 2015, S. 37-53.

⁶¹ Bundesarchiv Koblenz, N 1180/2. Für diesen Hinweis bedanke ich mich bei Johannes Koll.

⁶² Zum „Anschluss“ vgl. Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung 1938/39, ergänzte Neuaufl., Wien 2018.

Minister gewesen sei,⁶³ „überlebte“ er die Kabinettsumbildung vom Folgetag, bei der die „gemäßigten“ Kräfte entfernt werden sollten, und er wurde am 22. März 1938 auf Hitler vereidigt. Am 13. März 1938 wurde Reinthaller bei einem Empfang bei Heinrich Himmler im Hotel Regina in Wien in die SS aufgenommen (Nr. 292.775), wenige Monate später zum SS-Oberführer und im Januar 1941 zum SS-Brigadeführer befördert.⁶⁴ Ende 1938 sollte Reinthaller auch noch ehrenamtlicher Reiterinspekteur des SS-Oberabschnitts Donau werden, was man mit seinem großen Interesse für die SS-Reiterei und seinem „großen Einfluss auf die Gewinnung der Bauern für die Schutzstaffel“ begründete.⁶⁵

Reinthaller warb nach dem „Anschluss“ aktiv für die Volksabstimmung am 10. April 1938, unter anderem als Redner bei einer Kundgebung in Tirol, wovon eine Tonbandaufnahme erhalten ist.⁶⁶ Daraus geht hervor, dass Reinthaller kein großer Rhetoriker war, sondern eine hölzerne Sprechweise hatte und sich in seiner Rede vor allem auf den Bereich der Landwirtschaft konzentrierte. Er rechnete mit dem „alten System“ ab und wies auf den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem „Anschluss“ hin. In sein Loblied auf die Bedeutung der österreichischen Bauern als „Blutquellen“ des Volks mischten sich beinahe beiläufig zwei antisemitische Bemerkungen, die von den Zuhörern mit Zustimmung aufgenommen wurden. So meinte er in seinem Rückblick auf die von ihm konstatierte bisherige Misswirtschaft in der Landwirtschaft: „Und es war dann kein Wunder, wenn irgendein ein sehr geschickter Jude, der schon den Braten gerochen hat, vielleicht im entscheidenden Moment, wo irgendein Produkt besonders hohe Preise erzielt hat, mit seinen großen Prätzen herausgekommen ist, um sich über Nacht zu bereichern.“⁶⁷ An anderer Stelle pries Reinthaller die Erfolge im „Altreich“ und die Zufriedenheit des deutschen arbeitenden Volks und fügte in süffisant-bedrohlichem Ton und unter Beifall des Publikums hinzu: „Ob der alte Finanzjude zufrieden ist, darüber glaube ich, brauchen wir uns gar nicht zu unterhalten!“⁶⁸

Bis zur Auflösung der österreichischen Verwaltungsbehörden im April 1939 fungierte Reinthaller formal als Landwirtschaftsminister des reichsdeutschen „Landes Österreich“, und Ende 1939 wurde er zum Unterstaatssekretär für Land-

⁶³ IfZ-Archiv, ZS 1348, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 7.

⁶⁴ OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, SS-Personalhauptamt, Reinthaller, Anton (14.4.1895).

⁶⁵ OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schachtel 11, Reinthaller, Chef des SS-Hauptamts, Inspekteur der SS-Reiterei an SS-Personalkanzlei, 17.12.1938.

⁶⁶ Vgl. den Ausschnitt einer Rede von Reinthaller am 1.4.1938 in Stumm/Tirol bei einer Kundgebung zur Volksabstimmung vom 10.4.1938: Österreichische Mediathek; www.mediathek.at/atom/132D86A3-0F2-001ED-00000478-132D043B/. Die gesamte Rede ist abrufbar unter: www.mediathek.at/atom/017831DF-33B-018E6-00000BEC-01772EE2. Beide Links wurden zuletzt am 19.3.2018 abgerufen.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Ebenda.

wirtschaftsfragen in Berlin ernannt.⁶⁹ Die Bestellung ging möglicherweise auf Seyß-Inquart zurück, denn dieser hatte Darré empfohlen, innerhalb seines Ministeriums eine eigene Abteilung für Bergbauern, „der wichtigsten Blutquelle auch innerhalb des Bauernstandes“, einzurichten, als deren Leiter er Reinthaller vorschlug, denn dieser würde „die nötige Autorität besitzen [...], allenfalls in den einzelnen Gauen auseinanderstrebende Interessen wieder gleichzurichten“.⁷⁰ Mit 1. Februar 1940 wurde im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Unterabteilung „Bergland“ gegründet, in der alle Agenden für die Bergbauern zusammengefasst waren und als deren Leiter Reinthaller fungierte.⁷¹ Abgesehen davon war Reinthaller Sonderbeauftragter für die Errichtung des Reichsnährstands in der „Ostmark“; 1942 wurde er zum Landesbauernführer Niederdonau ernannt und übte diese Funktion bis zum Kriegsende aus.

Wie schon in der Zeit vor 1938 galt Anton Reinthaller auch im Nationalsozialismus als Landwirtschaftsexperte, der sich sowohl publizistisch⁷² als auch im Rahmen seiner politischen Funktionen für die Belange der Bergbauern einsetzte.⁷³ Zu seinen zentralen Aufgaben gehörten die „Entschuldungs- und Aufbauaktion“ und der „Gemeinschaftsaufbau im Bergland“, womit er die Landflucht bekämpfen und das „Altbauerntum“ im Deutschen Reich stärken wollte. Zur Erreichung seiner Ziele führte er neben wirtschaftlichen auch ideologische Argumente an: „Kein Nationalsozialist, der von Blut und Boden spricht, kann einem Prozeß untätig zusehen, der allmählich, wenn nicht Hilfe einsetzt, dazu führen muß, daß weite Gebirgsgegenden entsiedelt werden und damit die Rolle als Heimat eines starken Geschlechts zu spielen aufhören.“⁷⁴ Aus dieser Position heraus war er ein Gegner der „Ostsiedlung“, die er als Entwurzelung und Verpflanzung der Menschen aus dem Bergland und somit als Gefahr für ein gesundes und leistungsfähiges „Altbauerntum“ ansah.⁷⁵ Trotz vereinzelter kritischer Äußerungen⁷⁶ trug Reinthaller die NS-Agrarpolitik und die damit einhergehende ideologische Überhöhung des

⁶⁹ Vgl. Gerhard Siegl, *Bergbauern im Nationalsozialismus. Die Berglandwirtschaft zwischen Agrarideologie und Kriegswirtschaft*, Innsbruck/Wien/Bozen 2013, S. 85.

⁷⁰ Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), R 43 II/1356, Arthur Seyß-Inquart an Richard Walther Darré, 3.5.1939. Für den Hinweis bedanke ich mich bei Johannes Koll.

⁷¹ Die Abteilung „Bergland“ war in ihrer personellen Zusammensetzung und von ihrem regionalen Arbeitsgebiet her eine fast rein österreichische Behörde, die ihren Sitz in Berlin hatte und im August 1943 wegen der alliierten Luftangriffe nach Wien übersiedelte; vgl. Siegl, *Bergbauern*, S. 83-87.

⁷² Vgl. Anton Reinthaller, *Bauern auf kargen Böden*, in: *Deutsche Agrarpolitik 2* (1944), S. 217-219; ders., *Die österreichische Landwirtschaft*, in: *Der Vierjahresplan 2* (1938), S. 204 f., und *Nationalsozialistische Landpost* vom 23.2.1940: „Ein kostbarer Schatz der Nation“. Der nationalsozialistische Staat hilft dem deutschen Bergbauerntum“ (Anton Reinthaller).

⁷³ Vgl. Siegl, *Bergbauern*, S. 87-91.

⁷⁴ Zit. nach ebenda, S. 217.

⁷⁵ Ebenda, S. 55, S. 266 und S. 291. Vgl. dazu auch Ernst Langthaler, *Schlachtfelder. Alltägliches Wirtschaften in der nationalsozialistischen Agrargesellschaft 1938-1945*, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 181-184.

⁷⁶ Er beklagte z. B., dass die erhoffte Aufwärtsentwicklung des Agrarsektors nach dem „Anschluss“ ausgeblieben sei, weshalb sich die „geschichtlich einmalige Hochstimmung in der Ostmark vom März 1938 verflüchtigt“ habe; zit. nach Siegl, *Bergbauern*, S. 54 f., hier S. 55.

Bauerniums immer mit. In seinem Einsatz für die Bergbauern als „beste Blutspender“ des deutschen Volks bediente er sich argumentativ der Blut und Boden-Rhetorik und schreckte zur Durchsetzung bestimmter Maßnahmen, die nicht immer auf ungeteilte Zustimmung bei den betroffenen Bauern stießen, auch nicht vor Druck und Repression zurück.⁷⁷ Der Wirtschafts- und Sozialhistoriker Ernst Langthaler bezeichnet Reinhaller als überaus aktiven „Kopf der Bergbauern-Lobby seit 1938“, dessen Engagement für die Bergbauern aber immer auch im Interesse seiner eigenen Karriere stand.⁷⁸

Reinhaller war nach heutigem Wissensstand nicht unmittelbar in NS-Verbrechen verwickelt, hat aber durch seine Führungspositionen im NS-Regime zumindest davon gewusst beziehungsweise sie auch mit zu verantworten. Bekannt ist beispielsweise, dass er als Landesbauernführer am 19. Juni 1942 gemeinsam mit 20 Kreisbauernführern das KZ Mauthausen besucht hat. Im Tätigkeitsbericht ist vermerkt, dass an diesem Tag „zwei jüdische Häftlinge ‚auf der Flucht‘ erschossen“ wurden und zudem „der Tod eines weiteren jüdischen Häftlings [...] mit ‚Freitod durch Elektrozaun‘“ zu verzeichnen war.⁷⁹ Als Sonderbeauftragter für das Reichsnähramt in der „Ostmark“ war Reinhaller mitverantwortlich für die unmittelbar nach dem „Anschluss“ einsetzende „Entjudung“ der österreichischen Landwirtschaft, wobei es sich konkret um „Arisierungen“ von land- und forstwirtschaftlichen Gütern und Grundbesitz handelte.⁸⁰ In seinen Zuständigkeitsbereich als Landesbauernführer von Niederdonau fiel zudem der Arbeitseinsatz von Zehntausenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der niederösterreichischen Landwirtschaft, für deren unmenschliche Behandlung er funktionsbedingt ebenfalls mitverantwortlich war.⁸¹ Obwohl zur NS-Agrarpolitik und dem Zwangsarbeitereinsatz in der (nieder-)österreichischen Landwirtschaft einige Untersuchungen vorliegen, sind die konkreten Tätigkeiten von Reinhaller bisher nur schwer greifbar und bedürften noch weiterführender Forschungen.

⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 230 f.

⁷⁸ Langthaler, Schlachtfelder, S. 444 f.

⁷⁹ Erklärung beim Eintrag vom 19.6.42: „Dr. Ing. Reinthal[1]er Landesbauernführer besucht mit 20 Kreisbauernführer[n] das Lager Mauthausen“, in: Bertrand Perz, *Verwaltete Gewalt. Der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsführers im Konzentrationslager Mauthausen 1941 bis 1944*, Wien 2013, S. 98 f., hier S. 99. Für den Hinweis bedanke ich mich bei Bertrand Perz.

⁸⁰ Nach dem „Anschluss“ wurde die nationalsozialistische Bodenpolitik, die im „Altreich“ über die Jahre gewachsen war, in Österreich innerhalb weniger Monate umgesetzt und vorangetrieben. Die anfangs „wildes Arisierungen“ von landwirtschaftlichem Besitz wurden zunehmend durch „kommissarische Verwalter“ und gesetzliche Maßnahmen in bürokratische Bahnen umgeleitet. Der letzte Radikalisierungsschritt der land- und forstwirtschaftlichen „Entjudung“ bildete eine Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom November 1941, wonach das gesamte Vermögen jüdischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die ins Ausland geflohen oder in Ghettos oder Konzentrationslager deportiert worden waren, dem Deutschen Reich zufiel; vgl. Langthaler, Schlachtfelder, S. 156-172.

⁸¹ Vgl. Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweizer, *Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland*, Wien 2007, und Ela Hornung/Ernst Langthaler/Sabine Schweizer, *Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hrsg. von Jörg Echternkamp, Bd. 9: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945*, 2. Halbbd., Potsdam 2005, S. 577-666.

Zusätzlich zu den genannten Funktionen war Reinthaller Abgeordneter im Deutschen Reichstag⁸² und erwies sich auch sonst als wahrer NS-Postensammler: Er war unter anderem Landesjägermeister und Landesforstmeister,⁸³ Gauamtsleiter für Agrarpolitik, Präsident der Versicherungsanstalt „Ostmark“, Präsident der Niederösterreichischen Brandschadenversicherung sowie Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Im Laufe seiner Karriere wurden ihm verschiedene NS-Auszeichnungen verliehen, so erhielt er im Mai 1941 den Totenkopfring der SS, wofür er sich mit den Worten bedankte, dass dieser Ring ihm „stets ein Sinnbild der unerschütterlichen Zusammengehörigkeit und Kameradschaft innerhalb der SS“ sein werde.⁸⁴ Außerdem war er Träger des Ehrenwinkels der SS und des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, um dessen Verleihung er sich hartnäckig bemüht hatte.⁸⁵ Die Verleihung des von Reinthaller Ende 1936 beantragten Ehrenzeichens war zunächst an seinem vorübergehenden Parteiausschluss von 1934 durch seinen alten Konkurrenten Habicht gescheitert. Erst nach einem sich mehrere Jahre hinziehenden Briefwechsel mit den zuständigen Behörden, worin der zunehmend ungeduldige Reinthaller beklagte, dass „eine Reihe von Parteigenossen in der Ostmark“ bereits das Ehrenzeichen erhalten hätten, die „alten Parteigenossen mit den Mitgliedsnummern unter 100 000“ hingegen noch nicht,⁸⁶ wurde ihm schließlich das NS-Ehrenzeichen verliehen.

IV. Reinthaller vor Gericht: Rechtfertigung und Selbstpräsentation

Bei Kriegsende 1945 setzte sich Reinthaller in die amerikanische Besatzungszone, konkret in seine Herkunftsregion Oberösterreich, ab. Dort wurde er am 28. August 1945 von den Amerikanern verhaftet und nach kurzen Aufenthalten in kleinen Zwischenlagern am 5. Oktober 1945 in das amerikanische Internierungslager Marcus W. Orr in Salzburg (Lager „Glasenbach“) eingeliefert. Als ehemaliger NS-Minister und SS-Brigadeführer erschien Reinthaller neben 85 anderen NS-Tätern in der am 4. Dezember 1945 veröffentlichten ersten Kriegsverbrecherliste für Österreich.⁸⁷ Nach einem Jahr Internierung wurde er am 8. Oktober 1946 in das Gefängnis des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg überstellt und

⁸² Unter den insgesamt 813 Reichstagsabgeordneten waren 74 Österreicher.

⁸³ Dass er selbst in diesen Funktionen aktiv war, zeigt z. B. sein Einsatz als Landesforstmeister 1938 für die Rückkehr des in Deutschland tätigen Professors für Pflanzensoziologie, Erwin Aichinger (einem frühen Nationalsozialisten), an die Hochschule für Bodenkultur in Wien; vgl. Ebner, Politik und Hochschule, S. 204.

⁸⁴ OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe 2, Materialien zu NS-Biographien, Schubert 11, Reinthaller, Anton Reinthaller an den Reichsführer SS, 21.5.1941.

⁸⁵ Unterlagen zum Ansuchen um das Ehrenzeichen der alten Parteimitglieder der NSDAP in: OÖLA, Bestand Sammlungen und Nachlässe, Schubert 11, Materialien zu NS-Biographien, Reinthaller.

⁸⁶ BArch, Parteikorrespondenz, Anton Reinthaller (14.4.1895), Reinthaller an den Reichsschatzmeister der NSDAP, München, 31.5.1939. Diese Hartnäckigkeit steht im krassen Widerspruch zu seinen Bemühungen nach 1945, seinen Parteiausschluss (aus denen gleich mehrere wurden) zu seinem Vorteil ins Treffen zu führen.

⁸⁷ Vgl. Neues Österreich vom 4.12.1945: „Erste Kriegsverbrecherliste Österreichs“.

dort mehrmals als Zeuge vernommen.⁸⁸ Im Juli 1947 erfolgte seine Überstellung in das amerikanische Internierungslager Dachau,⁸⁹ in dem er fast ein Jahr inhaftiert war, bis er Anfang März 1948 noch einmal für einige Monate nach Nürnberg zurückgebracht wurde. Im August 1948 kam Reinthaller in das unter bayrischer Verwaltung stehende Internierungslager Nürnberg-Langwasser, wo er bis zu seiner Entlassung am 8. November 1948 einsaß. Danach lebte er ein halbes Jahr in Traunstein, mit der Auflage der bayrischen Entnazifizierungsbehörde, dort das Ergebnis seines Spruchkammerverfahrens abzuwarten. Dazu kam es allerdings nicht mehr, denn Reinthaller wurde am 1. Juli 1949 auf Verlangen der Staatspolizei Wien vom zuständigen *Counter Intelligence Corps* wieder verhaftet und drei Wochen später an Österreich ausgeliefert. Nach seiner Einlieferung in das Wiener Landesgericht für Strafsachen am 29. Juli 1949 wartete er dort seinen Prozess vor dem Volksgericht Wien ab, der im Oktober 1950 eröffnet wurde.

Reinthaller war in der Untersuchungshaft nicht untätig. In umfangreichen Korrespondenzen und Abhandlungen, die zwischen Selbstmitleid, Aggression und Selbstgerechtigkeit changierten, arbeitete er seine Verteidigungslinie aus.⁹⁰ Aus dieser Zeit stammen auch handschriftliche Aufzeichnungen, die er unter das Motto: „Gedanken, die ich seit 1945 gezwungen bin zu wälzen“ stellte.⁹¹ Sie beschäftigen sich mit der Entwicklung des Nationalsozialismus und dem Phänomen des Antisemitismus und geben einen guten Einblick in seine nachträgliche, weitgehend verharmlosende Sicht auf den Nationalsozialismus und seine Gesinnung. Es geht auch klar daraus hervor, dass er die nationalsozialistische Rassenideologie und die daraus resultierende Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden auch nach 1945 noch gutgeheißen hat.⁹² Von der Judenvernichtung, die er als verhängnisvolle politische Fehlentwicklung und als „Wahn“ Hitlers darstellte, grenzte sich Reinthaller jedoch strikt ab. Der Großteil der Bevölkerung habe diese „exzessiven Maßnahmen“ abgelehnt beziehungsweise nichts davon gewusst, denn:

„Das in den letzten Kriegsjahren einsetzende Vernichtungswerk wurde von einem ganz kleinen Kreis um Hitler geplant u. von ausgesuchten Gruppen entmenschter Individuen in Szene gesetzt. Nur die unmittelbar Beteiligten wussten um

⁸⁸ IfZ-Archiv, ZS 1348, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1945; Interrogation Nr. 682a, 21.2.1947, und Vernehmung des Zeugen Anton Reinthaller durch Prof. Dr. R.M.W. Kempner, 8.5.1947.

⁸⁹ Vgl. Gabriele Hammermann Das Internierungs- und Kriegsgefangenenlager Dachau 1945–1948, in: Wolfgang Benz/Angelika Königseder (Hrsg.), *Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression*, Berlin 2008, S. 125–146.

⁹⁰ Exemplarisch OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, An alle, die es angeht, 3.7.1950; Reinthaller an Außenminister Karl Gruber, undatiert (1950), und Reinthaller an Hans Haider, März 1950; StLA, NL Hartleb, Karton 12 (Korrespondenzen), Reinthaller an Karl Hartleb, 5.7.1950.

⁹¹ OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 1, S. 1. Insgesamt handelt es sich um fünf kleine, dicht beschriebene Hefte.

⁹² Eine ausführlichere Analyse dazu bei Margit Reiter, *Antisemitismus in der FPÖ und im „Ehemaligen“-Milieu nach 1945 in Österreich*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 27 (2018, i. E.).

die Dinge. [...] Die Judenvernichtung stand in keinem Zusammenhang mit der deutschen Öffentlichkeit, der NSDAP oder ‚antisemitischer‘ Ideologie. [...] Erst das Jahr 1945 brachte die Verbrechen und Greuel ans Licht, die keinesfalls dem Volk oder der Partei, sondern nur den individuell Schuldigen angelastet werden können.“⁹³

Mit diesem Deutungsmuster bewegte sich Reinthaller im Konsens vieler ehemaliger Nationalsozialisten, die die Judenvernichtung einem möglichst kleinen Täterkreis zuordneten, sich auf ihr (angebliches) Unwissen zurückzogen und damit nicht nur sich selbst, sondern auch die breite Masse der Bevölkerung zu entlasten versuchten. Seine völkische und antisemitische Diktion und Argumentation, bar jeder Empathie und jeden Schuldgefühls, relativiert seine Distanzierung allerdings ganz erheblich.

Der größte Teil seiner Aufzeichnungen beschäftigte sich indes mit der Strafgerichtsbarkeit und Entnazifizierung im Allgemeinen und seinem bevorstehenden Prozess im Besonderen.⁹⁴ Die Selbststilisierung als „Opfer“ der Entnazifizierung und der unrechtmäßigen „Siegerjustiz“ zieht sich durch alle Schriften aus dieser Zeit. In einem Schreiben an Bundespräsident Karl Renner, das seinen angespannten Gemütszustand in der Untersuchungshaft sehr gut zum Ausdruck bringt, fragte er einleitend:

„Wie lange noch Herr Bundespräsident werden Sie Ihre Geduld missbrauchen lassen? Wie lange noch werden Sie die Prostitution des Rechtes durch eine Justiz, welche kraft Gesetz zur Dirne der Politik degradiert wurde und sich z.T. in dieser Rolle gefällt, mit ansehen? [...] Und wie lange noch werden Sie es dulden, dass sogenannte Volksgerichte gegen den Willen des Volkes weiterhin Weltgeschichte zensurieren, wozu einzig und allein die Geschichte berufen ist?“⁹⁵

Anschließend polemisierte Reinthaller gegen die Entnazifizierung, die er als blinde „Rachegesetze“ diffamierte und stilisierte sich selbst wörtlich als „ein seit 1945 in Konzentrationslagern und Kerkern mit kriminellen Verbrechen aller Art Inhaftierter“.⁹⁶ Sein Appell an die „Wiedereinkehr von Einsicht und Vernunft“ blieb jedoch wirkungslos, denn das Schreiben wurde vom Volksgericht „wegen seines beleidigenden, zum Teil strafgesetzwidrigen Inhalts“ gar nicht erst weitergeleitet.⁹⁷

Der Prozess fand schließlich vom 23. bis 26. Oktober 1950 vor dem Volksgericht in Wien statt und erregte große öffentliche Aufmerksamkeit. Zum einen stand mit Reinthaller ein hochrangiger Nationalsozialist vor Gericht, der in Ös-

⁹³ OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 2, S. 9 f.

⁹⁴ OÖLA, NL Reinthaller, Diverses, Heft 3 bis 5.

⁹⁵ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Reinthaller an Bundespräsident Karl Renner, 3.7.1950.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Volksgericht (VG) Wien an Reinthaller, 10.7.1950.

terreich über einen nicht geringen Bekanntheitsgrad verfügte, und zum anderen erhielt der Prozess wegen der bereits gefällten, harten Urteile gegen zwei andere „Anschlussminister“, die kurz zuvor jedoch stark abgemildert worden waren, besondere Brisanz.⁹⁸ Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Wien vom 24. Mai 1950 umfasste den Vorwurf des „Hochverrats am österreichischen Volk“: Die Anklage nach dem Verbotsgesetz, Paragraph 10 und 11, bezog sich auf die illegale NSDAP-Mitgliedschaft Reinhallers, die sie durch seinen Parteibeitritt 1928, seine Einstufung als „Alter Kämpfer“ und durch seine zahlreichen Parteiauszeichnungen sowie seine SS-Mitgliedschaft als erwiesen ansah. Außerdem wurde Reinhaller seine Tätigkeit als Minister im Kabinett Seyß-Inquart und hier insbesondere seine Mitwirkung am Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 vorgeworfen. Mit seiner Unterschrift unter dieses Gesetz habe Reinhaller die NS-Machtergreifung gefördert, womit nach Paragraph 8 KVG der Straftatbestand des „Hochverrats am österreichischen Volk“ erfüllt sei.⁹⁹ Das Volksgericht beschränkte sich auf formale Aspekte, wohingegen andere Verantwortlichkeiten, wie zum Beispiel seine Mittäterschaft beim Zwangsarbeitereinsatz im Gau Niederdonau, nicht Bestandteil der Anklage und auch im gesamten Prozess kein Thema waren.

Reinhallers Verteidiger¹⁰⁰ stellten die der Anklage zugrundeliegenden Gesetze aufgrund ihrer Rückwirkung grundsätzlich in Frage und hatten bereits vor dem Prozess – allerdings erfolglos – die Einstellung des Verfahrens gefordert und die Unzuständigkeit des Volksgerichts beanstandet.¹⁰¹ Der bereits im Vorfeld gemeinsam mit Reinhaller entworfenen Verteidigungslinie blieben die Anwälte auch im Prozess treu.¹⁰² Sie argumentierten, dass die amerikanischen Militärbehörden in Nürnberg bei einer Voruntersuchung keine belastenden Anhaltspunkte gegen Reinhaller gefunden hätten und legten dafür eine Bestätigung vor.¹⁰³ Da die frühe NSDAP-Mitgliedschaft faktisch nicht zu widerlegen war, wurde der Angeklagte vor allem als „gemäßigter Nationalsozialist“ und „Befrieder“ präsentiert, der in Konflikt mit dem „radikalen“ NSDAP-Führer Habicht geraten und deswegen wiederholt mit dem Parteiausschluss bedroht worden sei. Seine SS-Mitgliedschaft

⁹⁸ Vgl. Butterweck, Nationalsozialisten, S. 665 f.

⁹⁹ Ausführlich zum Prozess vgl. Schimanko, Fall Reinhaller, hier S. 42-45.

¹⁰⁰ Reinhaller konnte auf den Rechtsbeistand von insgesamt vier Anwälten zurückgreifen, die er in Anspielung auf deren unbedingte Loyalität intern als seine „Musketiere“ bezeichnete: Der Wiener Anwalt Otto Tiefenbrunner vertrat ihn vor Gericht; der oberösterreichische Anwalt Karl Günther, der sich Reinhaller persönlich verpflichtet fühlte und sich für ihn unermüdlich einsetzte, war als ÖVP-Mitglied v. a. für Interventionen bei der ÖVP zuständig. Neben Hans Haider war auch noch Oskar Welzl in der Causa Reinhaller aktiv, der sich als deklariertes Nationaler aber aus taktischen Gründen zurückhalten sollte; vgl. Schimanko, Fall Reinhaller, S. 45.

¹⁰¹ OÖLA, NL Reinhaller, Gerichte 1945ff, Antrag um Einstellung des Verfahrens, 9.7.1949, und Eingabe an VG Wien, 6.8.1949.

¹⁰² Umfangreiche Unterlagen dazu in OÖLA, NL Reinhaller, Gerichte 1945ff. Zur Verteidigungslinie vgl. Schimanko, Fall Reinhaller, S. 45-47 und S. 161-163.

¹⁰³ OÖLA, NL Reinhaller, Gerichte 1945ff, Office of Chief of Council for War Crimes, Paul H. Gantt an Reinhaller, 14.12.1948.

und die damit einhergehenden Beförderungen wurden lediglich als eine Art „Ehrenamt“ und Freundschaftsdienst seines Vorgesetzten Darré¹⁰⁴ hingestellt. Was die Anklage des Hochverrats nach dem KVG betraf, boten die Anwälte eine spitzfindige juristische Argumentation auf, wonach die Unterzeichnung des „Wiedereingliederungsgesetzes“ am 13. März 1938 nur unter höchstem politischen Druck und vor allem nach dem Einmarsch der deutschen Truppen erfolgt sei, sodass von keiner „Förderung“ der NS-Machtergreifung die Rede sein könne.¹⁰⁵ Einer seiner Verteidiger verstieg sich Zeitungsberichten zufolge in seinem Plädoyer sogar zu der fragwürdigen Aussage: „Reinthaller hat für unser schwergeprüftes Vaterland mehr geleistet als jeder andere hier in diesem Saal.“¹⁰⁶

Auch der Angeklagte trat vor dem Volksgericht sehr selbstbewusst auf und zeigte keinerlei Unrechtsbewusstsein. Das *Neue Österreich* beschrieb Reinthaller als eine „nordisch markige Bauerngestalt, Motto ‚Blut und Boden‘“, der sich dem Gericht in einer Art „Kaiser-Franz-Josef-Maske“ präsentiert habe: „Ein wenig gebückt, mit weißem Backenbart und grauem Ausseeranzug bat er das Gericht im Hinblick auf ein Magenleiden von Zeit zu Zeit um eine kurze Pause, um aus der mitgebrachten Thermosflasche einen Mokka trinken zu dürfen.“¹⁰⁷

Dieses Bild der Harmlosigkeit wurde durch seine durchaus forschenden Auslassungen vor Gericht jedoch konterkariert.¹⁰⁸ Reinthaller stellte einmal mehr die Rechtmäßigkeit des Volksgerichts prinzipiell in Frage und erklärte sich „in keinem Punkt der Anklage“ für schuldig. Er bestritt sogar, zwischen 1933 und 1938 illegal tätig gewesen zu sein und strich gleichzeitig (im Widerspruch dazu) seine Aktivitäten im Rahmen seiner „Befriedungsaktion“ hervor, die er zu einer österreichpatriotischen Tat uminterpretierte und sich damit geschickt in das allgemeine österreichische „Opfernarrativ“ einklinkte. Wie schon bei seinen Vernehmungen in Nürnberg stellte sich Reinthaller als jemand dar, der ohne sein Zutun in diverse Funktionen gedrängt worden sei und keinerlei Eigeninteressen verfolgt hätte.¹⁰⁹ Sowohl in seinen Selbstzeugnissen als auch vor dem Volksgericht präsentierte er sich als pflichtbewusster Österreicher, der ausschließlich zum Wohle Österreichs gehandelt habe sowie als „Opfer“ der sich überstürzenden Ereignisse im März 1938. So meinte er einmal pathetisch: „Wir wurden alle zusammen durch die wie ein Sturzbach hereinbrechenden Ereignisse an die Wand gedrückt.“¹¹⁰ Diese Argumentation veranlasste die kommunistische *Volksstimme* zur sarkastischen Bemerkung: „Nach seiner Darstellung wäre es für Österreich ein wahrer

¹⁰⁴ Darré stellte für Reinthaller 1952 beim zweiten VG-Prozess einen „Persilschein“ aus; vgl. Siegl, Bergbauern, S. 90.

¹⁰⁵ Zur Untermauerung dieser Argumentation wurde unter anderem ein Rechtsgutachten von Hans Merkel, einem ehemaligen SS-Mitglied und Verteidiger von Darré im Wilhelmstraßen-Prozess 1948, herangezogen; vgl. dazu Schimanko, Fall Reinthaller, S. 203-240.

¹⁰⁶ Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 671.

¹⁰⁷ Zit. nach ebenda, S. 666.

¹⁰⁸ Zum Auftreten Reinthallers vor Gericht vgl. ebenda, S. 666-668, und Schimanko, Fall Reinthaller, S. 244-250.

¹⁰⁹ IfZ-Archiv, ZS 1248, Anton Reinthaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 5.

¹¹⁰ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Reinthaller an Hans Haider, März 1950.

Segen gewesen, daß er sich in den Dienst der Nazi gestellt hat. Der ‚Widerstandskämpfer Reinhaller‘ blieb uns gerade noch erspart.“¹¹¹

Reinhaller leugnete zwar nie, schon früh ein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein, stellte sich aber wie viele andere als „Idealist“ dar, der an Hitler „geglaubt“ habe, aber von ihm politisch „belogen und betrogen“ worden sei.¹¹² Vor Gericht rechtfertigte er sich folgendermaßen:

„Es wird uns und den ehemaligen Nationalsozialisten noch heute zum Teil der Vorwurf gemacht, wir hätten wissen müssen, wohin die Reise geht. Wir hätten womöglich schon im Jahre 1927/28 wissen müssen, daß Nationalsozialismus nichts anderes bedeutet als Krieg, Konzentrationslager, Verbrechen und Gräuelt. Nun ich muß Ihnen offen gestehen, ich habe das damals nicht gewußt.“¹¹³

Angesprochen auf die Vergasungen in den Lagern meinte der Angeklagte, dass er davon erst viel später erfahren habe, und er fügte hinzu: „Ich verhülle davor als Deutscher mein Haupt heute ebenso wie Sie, Herr Staatsanwalt!“¹¹⁴ Das Selbstbild des „enttäuschten Idealisten“, das häufig im Rechtfertigungskontext anzutreffen ist, wurde von Reinhaller mit dem Konstrukt des zunehmend „kritischen“ Nationalsozialisten verknüpft, als den er sich nachträglich oft stilisierte.¹¹⁵ Auch vor Gericht argumentierte er in diesem Sinne, wie *Das kleine Volksblatt* zu berichten wusste: „Bevor Hitler seine Abwege begann, habe ich an ihn geglaubt. Meine Abneigung trat erst ein, als Hitler sich außerhalb des Völkerrechts stellte, das war 1939, und da kam ich nicht mehr mit.“¹¹⁶ Reinhaller sprach damit tatsächliche partielle Enttäuschungserfahrungen von österreichischen Nationalsozialisten an, die sich zum Beispiel nach dem „Anschluss“ mehr Eigenständigkeit oder bessere Karrierechancen erhofft hatten und die nach Kriegsende diese Enttäuschung nachträglich zur generellen Abkehr vom Nationalsozialismus uminterpretierten. Insgesamt bestätigte sein Auftreten vor Gericht den Eindruck, den man auch aus seinen Korrespondenzen von ihm gewinnt. Er gab sich zum einen konziliant, anpassungsfähig und argumentierte durchaus geschickt, zum anderen trat er sehr selbstsicher, oft geradezu herrisch auf, war aber keineswegs frei von Larmoyanz und Selbstmitleid, etwa wenn er sich zum „Opfer“ der radikalen Nationalsozialisten und der Entnazifizierung stilisierte.

Der Prozess gegen Reinhaller veranschaulichte wie kaum ein anderer die politischen und persönlichen Verflechtungen, aber auch ideologische Nähe zwischen dem christlichsozialen und nationalen Lager vor 1938 sowie die eklatante Fehleinschätzung des Nationalsozialismus durch das austrofaschistische Regime.¹¹⁷

¹¹¹ Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 669.

¹¹² IfZ-Archiv, ZS 1248, Anton Reinhaller, Interrogation Nr. 682, 5.2.1947, S. 7, und Vernehmung des Zeugen Reinhaller durch Prof. Dr. R. M. W. Kempner, 8.5.1947, S. 21 f.

¹¹³ Zit. nach Schimanko, Fall Reinhaller, S. 249.

¹¹⁴ Zit. nach ebenda, S. 96.

¹¹⁵ OÖLA, NL Reinhaller, Diverses, Heft 4, S. 2 f.

¹¹⁶ Zit. nach Schimanko, Fall Reinhaller, S. 97.

¹¹⁷ Vgl. Butterweck, Nationalsozialisten, S. 668.

Als Entlastungszeugen traten neben ehemaligen Nationalsozialisten vor allem Personen aus dem klerikal-konservativen Lager auf, darunter viele Akteure, die Reinthaller bereits aus der Zeit vor 1938 kannte und die sich nun als ÖVP-Politiker für ihn einsetzten.¹¹⁸ Ein besonders wichtiger Zeuge war Heinrich Gleißner, der Reinthaller unter Beifall des Publikums bescheinigte, immer ein „anständiger Mensch“ und entschiedener Gegner von Gewaltmethoden gewesen zu sein. Auch der ehemalige Sicherheitsdirektor Revertera-Salandra stufte Reinthaller als „gemäßigten“ Nationalsozialisten ein, der stets nur den Ausgleich gesucht hätte: „Ich buche Reinthaller nicht als Nazi, sagt der Zeuge erregt, er gehört in diese ganze Bande absolut nicht hinein“ – so zitierte die ÖVP-nahe *Wiener Tageszeitung* seine Aussage im Prozess.¹¹⁹ Zudem bestätigten beide, dass sie Reinthaller persönlich zu Dank verpflichtet seien, da er ihnen nach dem „Anschluss“ geholfen habe.¹²⁰ Die Aussagen vieler konservativer Entlastungszeugen waren nicht nur ein altruistischer Freundschaftsdienst, sondern sie entlasteten sich damit gleichzeitig auch selbst, denn die Charakterisierung Reinthallers als „gemäßigt“ diente auch zur Legitimation ihrer kompromissbereiten und letztendlich fatalen Politik gegenüber den illegalen Nationalsozialisten.

Abgesehen von diesen prominenten Fürsprechern hatten die Anwälte Reinthallers bereits vor dem Prozess eine erhebliche Zahl an Eidesstattlichen Erklärungen von ehemaligen Mitarbeitern aus der NS-Zeit, kirchlichen Vertretern und auch politischen Gegnern gesammelt, die ihm in menschlicher Hinsicht ein bestes Zeugnis ausstellten.¹²¹ In manchen der vorgelegten Entlastungsschreiben wird die Hilfeleistung des Angeklagten für die Verfasser oder von der Verfolgung bedrohte (jüdische) Angehörige hervorgehoben, wobei nicht immer klar ist, ob es sich dabei um ehrliche Dankbarkeit oder um reine Gefälligkeitsschreiben („Perilscheine“) handelte. So bedankte sich ein Geschwisterpaar aus Attersee bei Reinthaller für seine Unterstützung ihrer Mutter, die „wegen ihrer rassischen Einordnung besonders schwer zu leiden“ gehabt hätte; Reinthaller habe ostentativ den Kontakt zur Familie aufrechterhalten und eine drohende Verschleppung der Mutter in ein Konzentrationslager verhindert.¹²² Auch ein ehemaliger Schulkamerad, der mit einer „Volljüdin“ verheiratet war, bestätigte, dass Reinthallers eine drohende Räumungsverfügung verhindert und durch diese „edle Tat“ möglicher-

¹¹⁸ Vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 250-283. Unter anderem traten Altbundespräsident Wilhelm Miklas, der beim „Anschluss“ 1938 durch die Ernennung des Kabinetts Seyß-Inquart eine maßgebliche Rolle gespielt hatte, sowie Bundeskanzler Leopold Figl für Reinthaller ein.

¹¹⁹ Zit. nach Butterweck, Nationalsozialisten, S. 670.

¹²⁰ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Wien (künftig: IZG-Archiv), NL 48, Felix Hurdes, DO 348, Mappe Reinthaller, Eidesstattliche Erklärung von Heinrich Gleißner, 29.5.1948, und Eidesstattliche Erklärung von Peter Revertera-Salandra, 10.5.1948.

¹²¹ IZG-Archiv, NL 48, Felix Hurdes, DO 348, Mappe Reinthaller, Gemeindeamt Mettmach, Bestätigung 12.5.1948; Pfarramt Mettmach, Bescheinigung 12.15.1948, und KPÖ Ortsgruppe Attersee, Bestätigung 17.5.1948. Die zahlreichen Erklärungen werden näher ausgeführt bei Schimanko, Fall Reinthaller, S. 172-174.

¹²² OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Geschwister Hintermeyer an Reinthaller, 15.5.1945, und Eidesstattliche Erklärung von Rosa Hintermeyer, 17.5.1948.

weise seiner Frau „das Leben gerettet“ habe.¹²³ Die Schlussfolgerung vieler Entlassungsschreiben lautete, dass Reinthaller „jede Terror- und Gewaltmassnahme auch gegen Juden und jüdisch Versippte zu verhindern suchte“¹²⁴ und „die gehässige Rassentheorie der NSDAP in keiner Weise geteilt“ habe.¹²⁵

Eine oberösterreichische Bäuerin wiederum führte in ihrer Eidesstattlichen Erklärung aus:

„Ich kenne Herrn Ing. Reinthaler [sic!] schon seit vielen Jahren. Trotz seiner hohen Stellung in der Partei nach 1938 ist er immer der einfache liebe Mensch geblieben, der er stets war. Wo er helfen konnte, hat er geholfen. Dies war auch bei mir der Fall. Im Krieg hatte ich einen polnischen Landarbeiter zugeteilt. Dieser hat mit meiner Magd ein Liebesverhältnis begonnen, das nicht ohne Folgen blieb. Beiden drohte die Verhaftung. Herr Ing. Reinthaller hat jedoch die Verhaftung verhindert und damit gezeigt, dass er die nationalsozialistischen Terrormethoden ablehnte.“¹²⁶

Bei dieser Aussage handelte es sich zweifelsfrei um eine Gefälligkeit, denn die Verfasserin war die Schwägerin von Reinthaller (auf deren Hof er 1945 auch verhaftet worden war), was in diesem Schreiben allerdings unerwähnt blieb. Auch wenn Reinthaller tatsächlich einige Personen aus seinem persönlichen und beruflichen Umfeld vor Verfolgung geschützt hat, so war seine Behauptung, dass er „vielen Tausenden verfolgten Österreichern während der schweren Jahre 1938 bis 1945“¹²⁷ geholfen habe, indes eine massive Übertreibung.

Am 26. Oktober 1950 wurde das Urteil verkündet, das der Verteidigung in vielen Punkten gefolgt war und gemessen am vorgesehenen Strafraumen recht milde ausfiel. Reinthaller wurde wegen seiner nachgewiesenen illegalen Parteimitgliedschaft und NS-Funktionen zu einer Freiheitsstrafe von „drei Jahren schweren Kerker, verschärft durch ein hartes Lager ¼ jährlich“ und Verfall seines gesamten Vermögens verurteilt. Vom Vorwurf des Hochverrats nach Paragraph 8 KVG wurde er allerdings freigesprochen.¹²⁸ Als außerordentliche Milderungsgründe wurden unter anderem seine Hilfeleistungen für prominente NS-Gegner, sein Eintreten für einen „österreichischen Standpunkt gegen die reichsdeutsche Überflutung“ sowie sein Einsatz für die österreichischen Bauern angeführt. Gleichzeitig wurde im Urteil aber seine Behauptung, kein „Illegaler“ gewesen zu sein, in allen Einzelheiten argumentativ zerpflückt und faktisch widerlegt. Wegen der Anrechnung

¹²³ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Johann Exenschläger, 22.5.1948.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Rosa Hintermayer, 17.5.1948.

¹²⁶ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Eidesstattliche Erklärung von Maria Lang, 12.5.1948.

¹²⁷ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner, 28.4.1952.

¹²⁸ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Urteil VG Wien, 26.10.1950.

seiner Internierungs- und Untersuchungshaftzeiten kam Reinthaller nach dem Prozess sofort auf freiem Fuß.

Nach einer Überprüfung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof und diversen Eingaben der Verteidigung wurde im August 1951 die Anklage gemäß dem KVG endgültig niedergeschlagen.¹²⁹ In weiterer Folge wurde das Verfahren wiederaufgenommen und an das Linzer Volksgericht verlegt, was sich wegen persönlicher Kontakte vor Ort und der mittlerweile weiter vorangeschrittenen Abschwächung der Entnazifizierung für Reinthaller als Vorteil erwies. Bei der kurzfristig anberaumten Verhandlung am 7. Mai 1952 in Linz, bei der nur mehr die illegale NSDAP-Mitgliedschaft zur Debatte stand, wurde das Strafausmaß auf zweieinhalb Jahre herabgesetzt, der Vermögensentzug allerdings aufrechterhalten.¹³⁰

Trotz dieser Strafminderung nahmen Reinthaller und seine Anwälte das Urteil als schweren Rückschlag, als „Katastrophe“ wahr.¹³¹ Nach einer kurzen Phase der Resignation entfalteten die Anwälte erneut rege Aktivitäten und bemühten sich um eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Reinthaller hatte zuvor ein Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner gestellt, in dem er noch einmal seine üblichen Argumente vorbrachte und seinen Österreich-Patriotismus hervorhob.¹³² Neben erneuten Interventionen bei ÖVP-Politikern¹³³ setzte man nun aber stärker auf die „rote Karte“. Der Kärntner VdU-Abgeordnete Robert Scheuch, ein ehemaliger Mitarbeiter Reinthallers im NS-Ministerium, erwirkte eine Aussprache mit Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), der sich für eine Intervention des Justizministers zugunsten Reinthallers einsetzen sollte.¹³⁴ All diese Aktivitäten hatten schließlich Erfolg: Anfang 1953 wurde das Linzer Urteil aufgehoben und einer Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben, zu der es allerdings nicht mehr kam. Am 16. Juni 1953 wurde der ehemalige NS-Minister Anton Reinthaller von Bundespräsident Körner begnadigt und hatte damit wieder seine volle politische Handlungsfähigkeit erreicht.¹³⁵

¹²⁹ Vgl. Schimanko, Fall Reinthaller, S. 284-292.

¹³⁰ Vgl. ebenda, S. 293-300.

¹³¹ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte 1945ff, Karl Günther an Otto Tiefenbrunner, 11.5.1952, und Karl Günther an René Marcic, 19.5.1952.

¹³² OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Gnadengesuch an Bundespräsident Theodor Körner, 28.4.1952.

¹³³ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Karl Hartleb an Franz Thoma, 4.7.1952; Karl Günther an Heinrich Gleißner, 7.6.1952.

¹³⁴ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Robert Scheuch an Reinthaller, 27.5.1952; Reinthaller an Adolf Schärf, 3.6.1952, und Reinthaller an Adolf Schärf, 17.12.1952.

¹³⁵ OÖLA, NL Reinthaller, Gerichte Deutschland 1945ff, Bescheid der Republik Österreich über Ausnahme aus Verbotsgesetz, 16.6.1953. Zur Reaktion auf diesen Erfolg: Ebenda, Otto Tiefenbrunner an Reinthaller, 19.6.1953.

V. Die Gründung der FPÖ: Reinhaller und die Einigung des nationalen Lagers

Zu Beginn der 1950er Jahre hatte sich in Österreich ein politischer Paradigmenwechsel vollzogen: Der antifaschistische Geist der unmittelbaren Nachkriegszeit war längst verflogen, die Entnazifizierung durch Amnestien und Begnadigungen weitgehend abgeschlossen beziehungsweise revidiert. Der VdU hatte damit eines seiner Kernthemen verloren und befand sich in einer ernsthaften politischen Krise. Auch die meisten der „belasteten“ Nationalsozialisten waren mittlerweile wieder beruflich und sozial integriert und agierten mit neuem Selbstbewusstsein, was sich auch in ihren wiedererwachten politischen Ambitionen zeigte. Die 1949 noch bestehende Notwendigkeit oder taktische Überlegung, sich als „Belastete“ politisch im Hintergrund zu halten, fiel nunmehr weitgehend weg.

Vor diesem veränderten politischen Hintergrund erhielten die deutschnationalen Kräfte inner- und außerhalb des VdU starken Auftrieb, wobei vor allem jene prononciert „Nationalen“, die sich vom VdU nicht (mehr) politisch vertreten fühlten, ihre Hoffnungen auf Anton Reinhaller fokussierten. Nach seiner Begnadigung nahmen daher viele seiner alten „Kameraden“ mit ihm Kontakt auf und versuchten, den nach wie vor respektvoll als „Herr Minister“ titulierten Reinhaller zum Wiedereintritt in die Politik zu bewegen. Dieser selbst stellte sich zwar gerne als politikmüde dar, gleichzeitig war er aber äußerst aktiv, wie seine zahlreichen Kontakte aus dieser Zeit belegen.¹³⁶ Er fungierte als Ansprechpartner für verschiedenste Belange im heterogenen nationalen Lager, so tauschte sich etwa sein ehemaliger Mitarbeiter im Reichsnährstand Fritz Butschek mit ihm regelmäßig über die Konflikte im VdU aus.¹³⁷ Der Leiter der (ÖVP-nahen) Grazer „Heimkehrer Hilfs- und Betreuungsstelle“ Ernst Strachwitz zeigte sich ebenfalls an einer Zusammenarbeit interessiert,¹³⁸ und Stefan Schachermayr, ehemaliger NS-Gauleiter und enger Mitarbeiter von Gauleiter August Eigruber, hielt ihn über die Situation von inhaftierten NS-Tätern auf dem Laufenden und prophezeite ihm eine baldige neuerliche politische Karriere.¹³⁹ Roland Timmel von der rechten Splittergruppe „Gemeinschaft Österreich“ ließ Reinhaller wissen, dass Innenminister Oskar Helmer ihm gesagt habe, dass er in einer politischen Tätigkeit Reinhallers „keine Schwierigkeit sehe“ und dass Österreich wieder eine „ordentliche nationale Partei mit sauberen Charakteren [sic!] an der Spitze“ benötige.¹⁴⁰ VdU-Obmann Max Stendebach kommentierte diese Aktivitäten später mit der sarkastischen Bemerkung, dass alle „gebannt auf einen Dalai Lama schauen“ würden und

¹³⁶ Dazu die umfangreichen Korrespondenzen in OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ.

¹³⁷ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ I, Fritz Butschek an Reinhaller, 10.4.1952; Fritz Butschek an Reinhaller, 31.5.1952; Fritz Butschek an Reinhaller, 1.4.1953, und Fritz Butschek an Reinhaller, 24.4.1953.

¹³⁸ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ I, Ernst Strachwitz an Reinhaller, 24.10.1953, und Ernst Strachwitz an Reinhaller, 29.10.1953.

¹³⁹ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ I, Stefan Schachermayr an Reinhaller, 25.6.1953.

¹⁴⁰ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ I, Roland Timmel an Reinhaller, 30.6.1954.

zu Reinthaller „pilgerten“, um ihn falsch zu informieren und zu beeinflussen.¹⁴¹ Nicht wenige „Ehemalige“ kündigten an, im Falle eines Eintritts Reinthallers in die Politik ihre bisherige politische Enthaltensamkeit aufzugeben und wieder politisch aktiv zu werden; darunter auch der damals noch unbekannte Friedrich Peter, der sich als ehemaliger Nationalsozialist vorstellte und seine Mitarbeit anbot.¹⁴² Für sie alle war Reinthaller der politische Hoffnungsträger, der als bewährter „Befrieder“ das in sich zerstrittene nationale Lager einigen sollte.

Zu diesem Zweck streckte auch der VdU seine politischen Fühler nach ihm aus. So hatte Herbert Kraus bereits 1952 um einen politischen Austausch gebeten, doch Reinthaller hatte damals mit dem Hinweis auf seine noch nicht vollständig wiedererlangte „Handlungsfähigkeit“ abgewunken.¹⁴³ Auch Stendebach, der Nachfolger von Kraus als VdU-Parteiohmann, stand schon früh in Kontakt mit Reinthaller und war einer politischen Zusammenarbeit nicht abgeneigt.¹⁴⁴ Der VdU-Abgeordnete Helfried Pfeifer vom extrem rechten Parteiflügel preschte bereits im Januar 1954 vor und fragte bei Reinthaller an, ob dieser als Bundesohmann des VdU kandidieren wolle.¹⁴⁵

Die Wahlniederlagen im Jahr 1953 und innerparteiliche Konflikte¹⁴⁶ heizten die Debatte um eine Erneuerung des VdU weiter an. Im Wesentlichen ging es dabei um die Frage, ob der VdU von innen heraus reformierbar sei oder ob man die Partei unter einer neuen, stärker national orientierten Führung gänzlich neu aufstellen sollte. Das gemeinsame Ziel war die unter dem Stichwort „Dritte Kraft“ angestrebte Einigung des zersplitterten nationalen Lagers innerhalb und außerhalb des VdU, über die in den nächsten Monaten intensiv verhandelt und gestritten wurde.¹⁴⁷ In dieser Krisensituation setzte man auch im VdU verstärkt auf die „nationale Karte“. Dies zeigte sich beim VdU-Bundesverbandstag im Mai 1954 in Bad Aussee, bei dem ein neues Parteiprogramm beschlossen wurde, in dem deutlicher als bisher ein klares Bekenntnis zur „nationalen Gesinnung“ und „nationalen Politik“ abgegeben wurde.¹⁴⁸ Dass der VdU-Obmann und ehemalige Wehrmachtsoffizier Stendebach dort auch provokant von einer „unsichtbaren Grenze“ zwischen Österreich und Deutschland sprach, war ebenfalls als bewusste deutsch-

¹⁴¹ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Bericht Landesverband der Unabhängigen (Egon Plachutta) an Reinthaller, 31.1.1955.

¹⁴² OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Friedrich Peter an Reinthaller, 8.1.1955, und Friedrich Peter an Reinthaller, 17.1.1955. Peter legte eine steile politische Karriere hin – nur drei Jahre später war er Reinthallers Nachfolger als FPÖ-Bundesparteiohmann.

¹⁴³ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Herbert Kraus an Reinthaller, 31.5.1952, und Herbert Kraus an Reinthaller, 16.6.1952.

¹⁴⁴ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Max Stendebach an Reinthaller, 18.4.1953.

¹⁴⁵ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Helfried Pfeifer an Reinthaller, 25.1.1954.

¹⁴⁶ So z. B. wurde der Rechtsaußen der Partei, der VdU-Abgeordnete Fritz Stüber, 1953 aus der Partei ausgeschlossen und gründete die nationale Freiheitliche Sammlung Österreichs (FSÖ). Stüber mischte auch bei der Gründung der FPÖ mit, fand aber wegen seines querulatorischen Verhaltens dort letztendlich keinen Platz.

¹⁴⁷ Vgl. Höbelt, Vierte Partei, S. 217-250, und Piringner, VdU, S. 111-113.

¹⁴⁸ Das „Aussee Programm“ ist abgedruckt in: Klaus Berchtold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 488-491.

nationale Akzentuierung zu verstehen.¹⁴⁹ An diesem Bundesverbandstag wurde einstimmig beschlossen, an Reinthaller heranzutreten und ihm eine führende Rolle im VdU anzubieten.¹⁵⁰ Dieses Angebot war als klares Signal an die unzufriedenen „Ehemaligen“ gedacht. Reinthallers „Glasenbacher Kameraden“ freuten sich jedenfalls sehr, dass sein Name gefallen sei, und hofften darauf, ihn „baldigst in unseren Reihen zu wissen“.¹⁵¹ Die steirische VdU-Landesgruppe (die sich später als erste Reinthaller anschließen sollte) drängte ebenfalls massiv, „Reinthaller und andere namhafte Persönlichkeiten des nationalen Lagers [...] für die Übernahme von Führungsfunktionen“ zu gewinnen.¹⁵²

Reinthaller stand den Annäherungsbemühungen des VdU skeptisch gegenüber, hielt sich vorerst aber noch bedeckt. Obwohl er intern keinen Hehl daraus machte, dass er für den VdU keine Zukunft mehr sah, hielt er ein sofortiges Eingreifen für taktisch unklug: „Diese Menschen sind noch nicht reif für die Reform an Haupt und Gliedern. Sie müssen wohl vom Schicksal noch ärgere Watschen bekommen, als sie ihnen schon erteilt wurden.“ Er wollte lieber abwarten, „bis dieser Laden [...] so weit zusammenkracht und das verdiente Schicksal erleidet, um auf neuen Fundamenten frisch aufzubauen“.¹⁵³ Laut FPÖ-Überlieferung soll Reinthaller keine politischen Ambitionen, sondern wegen seiner NS-Belastung sogar Skrupel gehabt haben, wieder in die Politik einzusteigen.¹⁵⁴ In einem Brief an Peter, der ihn im Zusammenhang mit innerparteilichen Querelen um väterlichen Rat gebeten hatte, meinte er: „Ich will gar nicht in Erscheinung treten, da ich selbst spüre, dass ich mit Hypotheken der Vergangenheit belastet bin. Aber ich bin gerne Geburtshelfer, um Euch Jungen in den Sattel zu helfen.“¹⁵⁵ Dass er aber keineswegs gänzlich uneigennützig agierte und schon gar nicht politisch instrumentalisiert wurde (wie oft behauptet), belegt eine Notiz, in der er drei Be-

¹⁴⁹ Piringer, VdU, S. 116. Zur Parlamentsdebatte vgl. Stenographisches Protokoll, 39. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 7. Gesetzgebungsperiode, 19.5.1954; www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00039/index.shtml#tab-Sten.Protokoll [4.7.2018].

¹⁵⁰ Vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 17. Konkret war an die Position eines Obmann-Stellvertreters gedacht, was Reinthaller jedoch zu wenig war, wie eine entsprechende Notiz von ihm veranschaulicht; vgl. Notiz: Ver[bands] Tagung Aussee, 13.5.1954, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 223.

¹⁵¹ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Josef Maria Gutmann an Reinthaller, 20.5.1954.

¹⁵² OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Resolution des Landesverbands der Unabhängigen in der Steiermark, Landesleitung, 31.10.1954.

¹⁵³ Anton Reinthaller an Roland Timmel, 25.3.1954 (handschriftliches Konzept), in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 218-222, hier S. 220.

¹⁵⁴ Vgl. Piringer, Geschichte der Freiheitlichen, S. 18.

¹⁵⁵ Vgl. Anton Reinthaller an Friedrich Peter, Mettmach, 10.2.1955, in: Höbelt (Hrsg.), Aufstieg und Fall, S. 250 f. In diesem Zusammenhang wird oft ein ähnlicher (quellenmäßig nicht belegter) Ausspruch Reinthallers kolportiert: „Meinen Ruf und meinen Namen gebe ich gerne dazu her, euch in den Sattel zu helfen. Reiten müsst ihr selber“; zit. nach Höbelt, Reinthaller, S. 169.

dingungen für seinen Wiedereintritt in die Politik formulierte: „1. Geld, 2. Macht, 3. Mandat (ca. 10.000,- S[chilling]/Monat)“.¹⁵⁶

Erst nach den Landtagswahlen in mehreren Bundesländern im Oktober 1954, die für den VdU zu einem Debakel („Watsche“) mit schweren Stimm- und Mandatsverlusten gerieten, erteilte Reinthaller dem VdU auch offiziell eine klare Absage.¹⁵⁷ Er hielt die Partei für nicht mehr reformierbar, stellte sich dezidiert gegen eine „Eliminierung aller noch vorhandenen ‚Ehemaligen‘“ (eine Absicht, die er der VdU-Führung unterstellte) und formulierte erstmals als politisches Ziel „eine völkisch-freiheitliche Partei in Österreich“, für die er sich zur Verfügung stellen wollte.¹⁵⁸ Damit war die Entscheidung für eine neue Partei, in der alle nationalen Kräfte vereint werden sollten, de facto schon gefallen. Es hatte sich offenbar herumgesprochen, dass Reinthaller zu einem Wiedereintritt in die Politik bereit war, denn er erhielt mehrere Schreiben, in denen Freude darüber bekundet wurde, dass er sich nun auf „Wunsch weitester Kreise, insbesondere auch der Mehrzahl unserer alten Kameraden“ für die „Dritte Kraft“ einsetzen werde.¹⁵⁹ In Kärnten formierte sich sofort ein „Komitee zur nationalen Einigung“, bestehend aus gesinnungstreuen „Ehemaligen“, die es als ihre „höchste Pflicht [ansahen], die nationalen Kräfte und Gruppen dieses Landes so rasch als möglich zusammenzuführen“.¹⁶⁰ Reinthallers Gesinnungsgenossen drängten ihn zum Handeln und sagten ihm ihre volle Unterstützung zu.¹⁶¹ Man sah den idealen Zeitpunkt für einen politischen Wiedereinstieg gekommen und wischte mögliche Bedenken, dass „sofort wieder als Schreckgespenst der Neonazismus ins Feld geworfen“ werden könnte, kurzerhand vom Tisch: „Neonazismus hat seine Wirkung längst eingebüßt u. schreckt niemanden mehr.“¹⁶²

¹⁵⁶ Handschriftliche Notiz Reinthallers auf dem Brief von Max Stendebach an Reinthaller, 24.9.1954, in: Höbelt (Hrsg.), *Aufstieg und Fall*, S. 225.

¹⁵⁷ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, VdU-Anfrage zur Besprechung mit Minister a. D. Ing. R., 14.12.1954. Darin wurde angefragt, ob und zu welchen Bedingungen Reinthaller bereit sei, eine „Führungsstelle“ im VdU zu übernehmen. Die Antwort von Reinthaller erfolgte umgehend; OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Konzept von Reinthaller (ohne Titel), Dezember 1954, und Reinthaller an Max Stendebach, 27.1.1955.

¹⁵⁸ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Konzept von Reinthaller (ohne Titel), Dezember 1954. Auf das Attribut „völkisch“ wurde bald stillschweigend verzichtet, anstatt dessen griff man auf die weniger punzierte Selbstbezeichnung „national-freiheitlich“ bzw. „freiheitlich“ zurück.

¹⁵⁹ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gerhard Riha an Reinthaller, 30.12.1954.

¹⁶⁰ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Komitee zur nationalen Einigung an Reinthaller, 21.12.1954.

¹⁶¹ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Fritz Butschek an Reinthaller, 14.12.1954; Friedrich Peter an Reinthaller, 17.1.1955 (diesem Schreiben liegt eine Liste von Vereinen und Personen aus Linz bei, die Reinthaller unterstützten), und Klaus Mahnert an Reinthaller, 5.1.1955. Vgl. auch Egon Plachutta an Anton Reinthaller, Graz, 30.12.1954, in: Höbelt (Hrsg.), *Aufstieg und Fall*, S. 229-232, hier S. 231 f.

¹⁶² Emil van Tongel an Anton Reinthaller, Schruns, 9.11.1954, in: Höbelt (Hrsg.), *Aufstieg und Fall*, S. 227 f., hier S. 227.

Anfang 1955 betrat Reinthaller, der bis dahin strategisch geschickt im Hintergrund agiert hatte, die politische Bühne und gründete die „Freiheitspartei“. ¹⁶³ Zu deren führenden Exponenten zählten außer ihm der ehemalige illegale Nationalsozialist und NS-Propagandist Emil van Tongel, der ehemalige SS-Mann Friedrich Peter und Reinthallers alter Freund aus dem Reichsnährstand Fritz Butschek, die auch künftig treibende Kräfte bei der späteren Gründung der FPÖ waren. Es soll vor allem Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) gewesen sein, der Reinthaller endgültig zum Wiedereintritt in die Politik überredete, wobei er ihm riet, sich mit „demokratischen Auftriebsmomenten“ zu umgeben. ¹⁶⁴ Raab sah in Reinthaller, den er persönlich kannte, nicht nur einen zuverlässigen Gesprächspartner, mit dem es ideologische Überschneidungen gab, sondern setzte auch darauf, dass die Konkurrenzpartei SPÖ mit einem ausgewiesenen Nationalsozialisten keine Koalition eingehen würde und die ÖVP somit künftig mehr politischen Spielraum hatte. ¹⁶⁵

In den laufenden Verhandlungen über eine „Dritte Kraft“ mischten zuweilen auch Beobachter von außen mit, wie zum Beispiel der Deutsche Gottfried Griesmayr, ¹⁶⁶ der sich als Vermittler zwischen dem VdU und dem Reinthaller-Kreis betätigte. ¹⁶⁷ Auch er riet Reinthaller, den VdU zu übernehmen, aber nicht ganz auf Kraus zu verzichten, denn – so Griesmayr – dessen „liberal-klerikaler Anstrich, sein Westlertum könnten das eichenhaft Nationale ‚mildern‘, ergänzen. Ein Gespann Reinthaller-Kraus wäre für den Anfang ein echter Kompromiss.“ ¹⁶⁸ Der VdU-Mittelsmann Jörg Kandutsch lehnte einen derartigen Vorschlag als unakzeptabel ab: „Wenn Leute glauben, dass man Männer zwar im Jahre 1949 als Feigenblatt über der nationalen Blöße [sic!] verwenden musste, weil die ‚Elite der nationalen Bewegung‘ nicht hervortreten konnte oder wagte, dass diese heute jedoch zu verschwinden hätten, dann ist dies in meinen Augen unanständig und politisch dumm. Dafür gebe ich mich nicht her.“ ¹⁶⁹ Der als Kraus-Anhänger geltende Kandutsch machte später einen Gesinnungswandel durch und war von Beginn an führend in der FPÖ tätig.

Die nach der Gründung der „Freiheitspartei“ sich über Monate hinziehenden Verhandlungen über eine Einigung des nationalen Lagers drohten mangels ge-

¹⁶³ Vgl. Piringer, *Geschichte der Freiheitlichen*, S. 28 f.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 26.

¹⁶⁵ Zur Rolle der ÖVP bei der Neuformierung der Dritten Kraft vgl. Schäfer, *ÖVP*, S. 70-76.

¹⁶⁶ Der ehemalige Funktionär der Hitler Jugend Gottfried Griesmayr war nach 1945 in diversen rechtsextremen Zirkeln aktiv, u. a. war er führendes Mitglied der radikalen Deutschen Union und indirekt auch in die „Naumann-Affäre“ involviert; vgl. die Dissertation, vorgelegt an der Freien Universität Berlin, von Beate Baldow, *Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre*, Berlin 2012, und auch Richard Stöss, *Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1980, S. 72.

¹⁶⁷ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Jörg Kandutsch, 5.1.1955, und Jörg Kandutsch an Gottfried Griesmayr, 26.12.1954.

¹⁶⁸ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Reinthaller, 6.1.1955.

¹⁶⁹ Zit. nach OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ I, Gottfried Griesmayr an Reinthaller, 25.1.1955.

genseitigen Vertrauens wiederholt zu scheitern.¹⁷⁰ Im Laufe des Jahrs 1955 spalteten sich einige Landesverbände (allen voran die Landesgruppen in der Steiermark und in Kärnten) vom VdU ab und liefen zu Reinhaller über. Am 17. Oktober 1955 konnten man sich schließlich auf die Bildung einer neuen „freiheitlichen Einheitspartei“ einigen, in welcher Reinhallers Freiheitspartei, Teile des von „Liberalen“ gereinigten VdU und bisher parteipolitisch noch nicht gebundene Personen aus diversen rechten Gruppierungen aufgehen sollten. In der Parteipresse wurde die Einigung hymnisch gefeiert:

„Für hunderttausende Frauen und Männer Oesterreichs, die der Diktatur der Koalitionsparteien mit ihren üblen Erscheinungen überdrüssig sind und die deshalb eine starke freiheitlich gesinnte Opposition fordern, ist in diesen Tagen ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Endlich gelang es, die vielen Kräfte, welche zwischen und gegen Schwarz und Rot stehen und in ihrer politischen Zielsetzung gleichgerichtet sind, in eine einzige Organisation zusammenzuführen.“¹⁷¹

Man einigte sich auf den Namen Freiheitliche Partei Österreichs und veröffentlichte im November ein Kurzprogramm, in dem man sich unter anderem zu einer „sozialen Volksgemeinschaft“ und zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ bekannte.¹⁷² Bei einem ersten öffentlichen Auftritt der FPÖ in Wien im Dezember 1955 sollen die Protagonisten der Einigung stürmisch gefeiert worden sein.¹⁷³ Aber die große Zustimmung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb des scheinbar geeinten nationalen Lagers weiter Querelen gab: In der Steiermark rebellierte extrem Rechte unter dem radikalen ehemaligen SS-Mann Herbert Schweiger,¹⁷⁴ in Oberösterreich fühlten sich einige frühere prominente NS-Funktionäre von Reinhaller als „alte Kampfgefährten“ zu wenig gewürdigt.¹⁷⁵ Auch setzte ein Kampf um Mandate ein, sodass Reinhaller Anfang 1956 entnervt

¹⁷⁰ Vgl. Riedlsperger, *Lingering Shadow*, S. 150-160; Piringer, *Geschichte der Freiheitlichen*, S. 17-40, und *Die Neue Front* vom 16.4.1955: „Freiheitspartei will nicht mit dem VdU“.

¹⁷¹ *Die Neue Front* vom 22.10.1955: „Einigung der Freiheitlichen“.

¹⁷² Berchtold, *Parteiprogramme*, S. 492 f. Vgl. auch Kurt Richard Luther, *Die Freiheitliche Partei Österreichs*, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien 1992, S. 247-262, hier S. 255 f. Nach der Einschätzung von Luther wurde das nur 15 Punkte umfassende Kurzprogramm vor allem als „Mittel der Anwerbung ehemaliger Nationalsozialisten entworfen“. Das in allen Parteiprogrammen enthaltene „Bekennnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ wurde erst 1985 durch die Formulierung einer „Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturraum“ ersetzt bzw. abgeschwächt.

¹⁷³ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ II, Unabhängiger Pressedienst der FPÖ, 2.12.1955. Vgl. auch *Die Neue Front* vom 10.12.1955: „Machtvoller Auftakt der FPÖ in Wien“.

¹⁷⁴ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ II, Emil van Tongel an Reinhaller, 20.11.1955; Egon Plachutta an Reinhaller, 25.12.1955; Karl Heinz Marauschek an Reinhaller, 27.12.1955, und Herbert Schweiger an Reinhaller, 28.12.1955.

¹⁷⁵ OÖLA, NL Reinhaller, VdU/FPÖ II, Friedrich Peter an Reinhaller, 21.12.1955; Reinhaller an Friedrich Peter, 29.12.1955; Friedrich Peter an Reinhaller, 29.12.1955, und VdU/FPÖ IV, Reinhaller an Friedrich Peter, 3.1.1956.

mit Rücktritt drohte, der jedoch durch das beschwörende Einwirken von Tongels abgewendet werden konnte.¹⁷⁶

Die offizielle Gründung der FPÖ erfolgte am 7. April 1956 unter dem Motto „Glaube, Treue, Opferbereitschaft. Dann gehört uns die Zukunft“. Bei diesem ersten FPÖ-Parteitag, der in relativ bescheidenem Rahmen in einem engen, glanzlosen Raum im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien stattfand, wurde Reinthaller mit großer Mehrheit zum Parteiobmann gewählt. In seiner Antrittsrede appellierte er an die Einigkeit des „national-freiheitlichen“ Lagers und bekannte sich zum „nationalen Gedanken, [der] in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk“ bedeuten würde.¹⁷⁷ Im Gegensatz dazu hatte sich der neue Obmann zuvor bei öffentlichen Auftritten zu Österreich bekannt und von der NS-Führung distanziert, was in den eigenen Reihen jedoch auf heftige Kritik stieß.¹⁷⁸ Auch auf dem (semiöffentlichen) Parteitag lehnte er „jeden Extremismus – ob nach rechts oder links gerichtet“ ab und postulierte eine „Politik der Mitte“.¹⁷⁹ Diese Doppelstrategie – dezidiertes deutschnationales Bekenntnis (als Botschaft nach innen) einerseits und gemäßigte Töne und die Absage an einen nicht näher definierten „Extremismus“ (zur Beruhigung nach außen) andererseits – behielten Reinthaller und die FPÖ auch künftig bei.¹⁸⁰ Die Positionierung als Partei der Mitte (gemäß der FPÖ-Parole: „weder schwarz noch rot“)¹⁸¹ zeigte sich auch symbolisch in der Sitzordnung des neu konstituierten Nationalrats: Die FPÖ beanspruchte für ihre Fraktion den Platz in der Mitte des Parlaments, der ihr – anders als 1949, als der VdU mit diesem Ansinnen gescheitert war – 1956 auch zugestanden wurde. Bei den vorgezogenen Nationalratswahlen im Mai 1956, für die kaum Zeit zur Mobilisierung blieb, erhielt die FPÖ zu ihrer großen Enttäuschung nur 6,5 Prozent der Wählerstimmen und sechs Mandate.

Sofort nach der Gründung der FPÖ wurde der VdU vereinbarungsgemäß aufgelöst. Der entmachtete Kraus zog sich verbittert aus der Politik zurück und sprach wörtlich von einer „lange vorbereiteten ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern“, die er als VdU-Gründer nicht mittragen könne, weshalb er aus der Partei austrete. Die Selbstdarstellung als „Partei der Mitte“ sah Kraus lediglich als „notwendig gewordene Tarnung“ an, um zu verschleiern, dass es sich bei der FPÖ um eine „auf die Vergangenheit ausgerichtete Partei“ handle, die „einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine

¹⁷⁶ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, Emil von Tongel an Reinthaller, 3.1.1956, und Emil von Tongel an Reinthaller, 9.1.1956.

¹⁷⁷ Zit. nach Piringer, *Geschichte der Freiheitlichen*, S. 39.

¹⁷⁸ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* vom 15.7.1955: „Reinthaller gegen Extremismus“, und Reiter, *Inklusion*, S. 151 f.

¹⁷⁹ *Die Neue Front* vom 14.4.1956: „Machtvoller Auftakt der FPÖ. Dipl.-Ing. Anton Reinthaller zum FPÖ-Obmann gewählt“.

¹⁸⁰ Vgl. exemplarisch *Die Neue Front* vom 12.5.1956: „Rundfunkansprache von Reinthaller am 9.5.1956“.

¹⁸¹ Vgl. Matthias Falter, *Reclaiming the Political Center after National Socialism. The Discursive Re-Positioning of Former National Socialists in Austrian (Party) Politics, 1949–60*, in: *Parliaments, Estates and Representation* 38 (2018), S. 88–103.

neue politische Plattform“ schaffen solle.¹⁸² Diese Kritik von Kraus, die eindeutig auf die Person Reinthaller abzielte, wurde von der FPÖ umgehend als Ausdruck persönlicher Kränkung zurückgewiesen und mit Gegenattacken beantwortet.¹⁸³ Einige zeitgenössische Medien wie das *Linzer Volksblatt* schrieben ebenfalls von einer „NS-Machtübernahme in der FPÖ“,¹⁸⁴ und die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte die Gründung der neuen Partei mit der Feststellung: „Der Gauleiterklub‘ rührt sich wieder“. Die kommunistische *Volksstimme* bezeichnete die FPÖ kurzerhand als „neue Nazipartei“ mit Reinthaller als „eine[m] der schlimmsten Totengräber der österreichischen Unabhängigkeit“ an ihrer Spitze.¹⁸⁶

Diese negativen Einschätzungen waren trotz aller Überspitzung nicht gänzlich von der Hand zu weisen. An der Parteispitze stand nun ein hochrangiger und ideologisch überzeugter Nationalsozialist, der die Partei bis zu seinem Tod im März 1958 prägte.¹⁸⁷ Sein Nachfolger wurde sein politischer Schützling Friedrich Peter, der als ehemaliges Mitglied einer berüchtigten SS-Einheit, die an Massensoldaten beteiligt war, ebenfalls als „belastet“ zu gelten hat.¹⁸⁸ Auch auf vielen anderen Ebenen der Partei, im Bundesparteivorstand und in den Landesorganisationen, waren etliche gesinnungstreue Nationalsozialisten installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe standen und selbst von parteinahen Historikern als „Rechtsextremisten“¹⁸⁹ eingestuft werden. Außerdem tummelten sich in der FPÖ und in ihrem näheren Umfeld viele „Belastete“ und deutschnationale Burschenschaftler, die durch den Führungswechsel politischen Auftrieb erhielten.¹⁹⁰ Kaum personelle Änderungen gab es hingegen im freiheitlichen Parlamentsklub, da von den sechs Abgeordneten fünf bereits im VdU aktiv gewesen

¹⁸² OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, Erklärung von Herbert Kraus, 12.4.1956. Vgl. auch Kraus, *Objektivität*, S. 285 f.

¹⁸³ OÖLA, NL Reinthaller, VdU/FPÖ IV, FPÖ-Bundesparteileitung, Stellungnahme der FPÖ-Pressestelle: Die wahren Gründe für das Ausscheiden des Dr. Herbert Kraus aus der FPÖ, 12.4.1956. Vgl. auch die Kommentare und Leserbriefe in: *Die Neue Front* vom 21.4.1956.

¹⁸⁴ Vgl. *Linzer Volksblatt* vom 13.4.1956: „NS-Machtübernahme in der FPÖ“.

¹⁸⁵ *Süddeutsche Zeitung* vom 12./13.5.1956: „Der ‚Gauleiter-Klub‘ rührt sich wieder“. Der Begriff „Gauleiterklub“ spielte offenbar auf die „Naumann-Affäre“ in der FDP an, bei der – im Unterschied zur FPÖ – tatsächlich einige ehemalige Gauleiter beteiligt waren. Vgl. Kristian Buchna, *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953*, München 2010.

¹⁸⁶ *Volksstimme* vom 19.10.1955: „Eine neue Nazipartei“.

¹⁸⁷ Vgl. *Die Neue Front* vom 15.3.1958: „Nachruf: Bundesparteiohmann Dipl.Ing. Reinthaller. Anton Reinthallers letzter Weg“.

¹⁸⁸ Seine SS-Vergangenheit holte Peter erst 1975 im Rahmen der sogenannten Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre ein. Peter, der anfangs als rechter „Hardliner“ agierte, hat in den 20 Jahren seiner Obmannschaft einen gewissen „Läuterungsprozess“ durchlaufen. Er versuchte die FPÖ (vergeblich) zu „liberalisieren“ und ist 1992 aus Protest gegen Haider's europafeindliche und NS-affine Haltung aus der FPÖ ausgetreten; vgl. *Der Standard* vom 26.9.2005: „Der ungelöste Fall Friedrich Peter“ (Hans Rauscher); www.derstandard.at/2187479/Der-ungeloeste-Fall-Friedrich-Peter [2.8.2017].

¹⁸⁹ Höbelt, *Vierte Partei*, S. 244.

¹⁹⁰ Bernhard Weidinger, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. *Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945*, Wien/Köln/Weimar 2015, S. 532.

waren und mit dem ehemaligen NSDAP-Gauamtsleiter und Reichsredner Heinz Zechmann vorerst nur ein Reinthaller-Mann neu einzog. Alles in allem war der Bruch 1956 weniger einschneidend als oft behauptet. Die gängige Vorstellung einer Entwicklung vom angeblich „liberalen“ VdU zu einer „nationalen“ FPÖ ist nicht aufrechtzuerhalten, denn schon im VdU waren viele ehemalige Nationalsozialisten vertreten, und die ideologischen Übereinstimmungen zwischen den beiden Parteien sind offensichtlich.¹⁹¹ Gleichwohl bedeutete die Gründung der FPÖ eine Machtverschiebung zugunsten der prononciert „Nationalen“, die nun die Partei dominierten und somit auch inhaltlich einen klaren Rechtsruck. Die FPÖ war in den folgenden Jahrzehnten eine zwar kleine,¹⁹² aber ideologisch gefestigte Weltanschauungspartei mit einer klaren deutschnationalen Ausrichtung.¹⁹³ Aufgrund der personellen und ideologischen NS-Kontinuitäten sowie der damit einhergehenden mangelnden Distanz zum Nationalsozialismus bewegte sich die FPÖ in ihrer gesamten Geschichte an der Grenze zum Rechtsextremismus.¹⁹⁴

VI. Fazit: Zwischen Kontinuität und Anpassung

Die politische Reorganisation der „Ehemaligen“ ist in den (vergangenheits-)politischen Kontext Nachkriegsösterreichs einzuordnen. Nach einer kurzen antifaschistischen Phase, in der die ehemaligen Nationalsozialisten wegen der Entnazifizierung politisch nicht handlungsfähig waren, begannen diese, sich schon bald wieder neu zu organisieren. Am erfolgreichsten dabei war der von Herbert Kraus gegründete Verband der Unabhängigen, der ein Auffangbecken für all jene Nationalsozialisten war, die sich nicht in die Großparteien integrieren wollten, und der seit 1949 im Parlament vertreten war. Zu dessen politischer Hauptagenda zählte der Kampf gegen die Entnazifizierung, der angesichts der veränderten politischen Rahmenbedingungen (sukzessive Abschwächung beziehungsweise Rücknahme der Entnazifizierung) allerdings bald obsolet wurde. Die damit einhergehende Krise des VdU führte Anfang der 1950er Jahre zu Flügelkämpfen zwischen Teilen der als zu „liberal“ erachteten VdU-Führung und zunehmend selbstbewussten und politisch ambitionierten „Nationalen“, die letztendlich als Sieger aus dem jahrelangen internen Machtkampf hervorgingen. Mittlerweile hatte sich auch die außenpolitische Situation zu ihren Gunsten entwickelt. Durch den Ab-

¹⁹¹ Ausführlich dazu vgl. Reiter, Inklusion.

¹⁹² Die FPÖ gewann durchgehend fünf bis sieben Prozent der Stimmen. Funktionärsebene und ein Großteil ihrer Wählerschaft speisten sich aus dem Kernmilieu der „Ehemaligen“. Erst mit dem Aufstieg der FPÖ unter Haider Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre hat sich das Parteiprofil erheblich verbreitert.

¹⁹³ Vgl. Luther, Freiheitliche Partei Österreichs, in: Dachs u. a. (Hrsg.), Handbuch; Berchtold (Hrsg.), Parteiprogramme, S. 484-512, und Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ. Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), S. 281-295.

¹⁹⁴ Die personelle und ideologische Nähe zum Rechtsextremismus brachte der FPÖ einen fixen Platz in dem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands herausgegebenen und mehrmals aktualisierten Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus ein; vgl. Bailer/Neugebauer, FPÖ, in: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.

zug der Alliierten nach dem Staatsvertrag vom Mai 1955 fiel die Kontrolle von außen weg, und einer vollständigen Rehabilitierung von „Ehemaligen“ stand nichts mehr im Wege. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass deren parteipolitische Formierung und die Gründung der FPÖ mit ihrer (deutsch-)nationalen Ausrichtung genau in diese Zeit fiel. In der FPÖ und den ihr nahestehenden einschlägigen Vereinen und Veteranenverbänden (zum Beispiel Soziales Friedenswerk, Kameradschaft IV, Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher, Österreichischer Turnverein, deutschnationale Burschenschaften) war eine große Zahl von ehemaligen Nationalsozialisten aktiv, die sich oft nur vordergründig und zögerlich an die demokratische Grundordnung angepasst hatten, im Grunde aber ihren Überzeugungen weitgehend treu bleiben. Die FPÖ fungierte als parteipolitische Repräsentantin des „Ehemaligen“-Milieus, das trotz aller Heterogenität über Jahrzehnte und Generationen hinweg eine Erfahrungs-, Gesinnungs- und Erinnerungsgemeinschaft darstellte.

Anton Reinhaller war nicht nur Teil, sondern auch zentraler politischer Akteur dieses Milieus. Seine politische Karriere in drei verschiedenen politischen Systemen (Erste Republik/Austrofaschismus – Nationalsozialismus – Zweite Republik) weist über alle Brüche hinweg biografische und ideologische Kontinuitäten auf und steht in mancher Hinsicht auch exemplarisch für andere österreichische Nationalsozialisten. Als hochrangiger NS-Funktionär hat er die nationalsozialistische Ideologie geteilt, den „Anschluss“ an Deutschland aktiv gefördert und das NS-Regime und seine Verbrechen bis zum Kriegsende mitgetragen. Mit seiner bilderbuchartigen Karriere im Nationalsozialismus kann er als typischer Vertreter der österreichischen NS-Funktionselite eingestuft werden, der aus heutiger Kenntnis zwar nicht direkt und nachweisbar in NS-Verbrechen verwickelt war, diese aber durch seine politischen und administrativen Führungspositionen im NS-Regime zumindest mitverantworten hat. Nach 1945 war Reinhaller einer der wenigen prominenten NS-Funktionsträger in Österreich, der – nach dem üblichen Entnazifizierungsprocedere – wieder eine politische Spitzenfunktion einnahm.

Mit seinen nachträglichen Deutungen des Nationalsozialismus und seiner eigenen Rolle darin bewegte sich Reinhaller im Konsens des „Ehemaligen“-Diskurses. Er präsentierte sich als passiver Altruist, der Zeit seines Lebens nur auf Wunsch von außen aktiv geworden sei und selbst keine politischen Ambitionen verfolgt habe. Gleichzeitig griff er auf die weit verbreitete rhetorische Figur des „enttäuschten Idealisten“ zurück, die er geschickt mit dem (Selbst-)Bild des nach 1938 zunehmend „kritischen Nazi“ kombinierte. Dabei hat Reinhaller die völkische und antisemitische Ideologie des Nationalsozialismus durchaus geteilt, auch wenn er sich nachträglich – mithilfe der Dämonisierung von Hitler und dem Rückzug auf sein (vermeintliches) Unwissen – von der Judenvernichtung distanzierte. In Kenntnis seiner politischen Aktivitäten, seiner hohen Funktionen und systemüberdauernden Überzeugungen können seine Selbstpräsentationen unschwer als nachträgliche Entlastungs- und Rechtfertigungsversuche dekonstruiert werden. Seine Selbststilisierung als „Opfer der Siegerjustiz“ und der perfide Vergleich seiner Internierung und Untersuchungshaft mit einer Gefangenschaft in

einem nationalsozialistischen Konzentrationslager entspricht ebenfalls einer im „Ehemaligen“-Milieu beliebten Viktimisierungs- und Aufrechnungsstrategie. Zur Übernahme einer persönlichen Mitverantwortung oder gar einem Schuldeingeständnis war Reinthaller hingegen nie bereit.

Warum gerade er nach 1945 zum politischen Hoffnungsträger und zur nationalen Galionsfigur im „Ehemaligen“-Milieu wurde, hat verschiedene Gründe. Vor allem war er einer der wenigen hochrangigen österreichischen Nationalsozialisten, der nach 1945 wieder zur Verfügung stand und aufgrund seiner langjährigen politischen Karriere einen relativ hohen Bekanntheitsgrad hatte. Als „Alter Kämpfer“ galt er als ideologisch verlässlicher Nationalsozialist und genoss gerade deshalb im Kreis von gesinnungstreuen „Ehemaligen“ hohes Ansehen. Seine politische Erfahrung als ehemaliger NS-Minister sowie seine gute Vernetzung sowohl in nationalen Kreisen als auch über die eigenen Parteigrenzen hinaus sprachen ebenfalls für ihn. Nicht zuletzt wurde dem „Befrieder“ Reinthaller, der als ausgleichende Persönlichkeit, aber auch als durchsetzungsfähiger Machtpolitiker galt, die Einigung des in sich zerstrittenen nationalen Lagers am ehesten zugetraut.

Die Rolle des „Vermittlers“ war eine der biografischen Konstanten von Reinthaller über drei politische Systeme hinweg. Seine verharmlosend als „Befriedungsaktion“ titulierten Verhandlungen mit dem austrofaschistischen Regime vor 1938 setzte er nach Kriegsende geschickt als ultimatives Entlastungsargument ein, das seinen Ruf als „gemäßigter“ Nationalsozialist nachhaltig untermauerte. Zwar kann Reinthaller im Vergleich zum weit radikaleren und gewaltbereiten NSDAP-Parteiflügel der 1930er Jahre als „gemäßigt“ eingestuft werden, gleichzeitig war aber gerade seine zentrale Rolle bei den Verhandlungen ein Beweis seiner Wichtigkeit innerhalb der illegalen NSDAP. Aufgrund seiner Vermittlertätigkeiten pflegte Reinthaller gute Kontakte zum konservativ-bürgerlichen Lager, die er nach 1945 unter veränderten politischen Umständen zu seinem Vorteil zu nutzen verstand. Seine Anschlussfähigkeit und Nähe zur ÖVP erklärt sich aber nicht nur aus den persönlichen Kontakten vor 1938, sondern wurden auch durch seine bäuerlich-katholische Herkunft (Reinthaller war nie aus der Kirche ausgetreten), seine berufliche Tätigkeit in der Landwirtschaft und partielle ideologische Übereinstimmungen zwischen dem nationalen und klerikal-konservativen Lager begünstigt.

Trotz seiner ideologischen Überzeugungen und seiner festen Verankerung im „Ehemaligen“-Milieu zeigte sich Reinthaller nach 1945 als durchaus anpassungsfähig. Er hielt sich wegen seiner exponierten Stellung als „Belasteter“ mit extremen Äußerungen bewusst zurück, distanzierte sich von allzu „unbelehrbaren“ Mitstreitern und vertrat auch in Hinblick auf den Staat Österreich eine nach außen hin moderate Position. Das Bekenntnis zur staatlichen Eigenständigkeit Österreich galt in der Nachkriegszeit als eine Art Lackmustest für die Abkehr vom Nationalsozialismus und für Demokratiefähigkeit. Reinthaller war – zumindest in der Öffentlichkeit und im Unterschied zu vielen seiner deutschnationalen Gesinnungsgenossen – zu diesem Zugeständnis bereit, was ihm einerseits Kritik aus den eigenen Reihen, aber auch Akzeptanz auf Seiten seiner politischen Gegner einbrachte. Sein Bekenntnis zum Staat Österreich und seine halbherzigen Distanzie-

rungen vom Nationalsozialismus boten ihm (und vielen anderen ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten) die Möglichkeit, sich mit relativ geringen Abstrichen in das österreichpatriotische Wir-Kollektiv einzureihen, auch wenn dies im Widerspruch zur deutschnationalen Ausrichtung der von ihm gegründeten FPÖ stand.

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die Bedeutung Anton Reinthallers nicht nur aus seiner herausragenden Karriere im Nationalsozialismus, sondern auch aus seiner zentralen Rolle bei der politischen Formierung der „Ehemaligen“ nach 1945 ergibt. Als Parteigründer und erster Obmann der FPÖ war er ein wichtiger politischer Akteur der Zweiten Republik, dessen politische Nachkriegskarriere sich im Spannungsfeld zwischen biografischen und ideologischen Kontinuitäten einerseits und Anpassungsbereitschaft beziehungsweise -fähigkeit andererseits bewegte. Obwohl er seiner Gesinnung nach 1945 weitgehend treu geblieben ist, hat er sich – zumindest partiell – an die ohnehin nicht sehr strengen normativen Vorgaben offizieller Vergangenheitspolitik in Österreich angepasst und sich somit als „kompatibel“ für die österreichische Nachkriegsdemokratie erwiesen.

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN

UNVERZICHTBARE QUELLENEDITION



DEUTSCHLAND UND DIE SOWJETUNION 1933-1941

Dokumente aus russischen und deutschen Archiven
Band 2: Januar 1935 – April 1937

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
hrsg. von Sergej Slutsch und Carola Tischler unter Mitarbeit von Lothar Kölm

2019. 2 Teilbände, ca. 1.824 Seiten

Ln. € 229,- [D]

ISBN 978-3-11-054547-0

eBook € 229,- [D]

PDF ISBN 978-3-11-054872-3

ePUB ISBN 978-3-11-054657-6

Die Geschichte des europäischen Kontinents in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde entscheidend von den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion geprägt. Die vierbändige Edition *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941* ist ein deutsch-russisches Gemeinschaftsprojekt, das neue Einblicke in diesen Zeitraum eröffnet. Die Jahre 1935 bis April 1937 sind einerseits gekennzeichnet durch eine zunehmende beiderseitige Konfrontation in den politischen und ideologischen Bereichen und andererseits durch ein gegenseitiges und nachhaltiges wirtschaftliches Interesse. Diese Interdependenzen werden in einer bisher nicht vorliegenden Zusammenführung sowohl von Quellen aus deutschen und russischen Archiven als auch von veröffentlichten Schlüsseldokumenten zu den diplomatischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakten aufgezeigt.

Sergej Slutsch, Akademie der Wissenschaften Russlands, Moskau.

Carola Tischler, Institut für Zeitgeschichte München – Berlin.